

IV. Die Stadtverwaltung im Krieg

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs musste sich die Stadtverwaltung schlagartig grundlegend geänderten Rahmenbedingungen anpassen.¹ Neue Aufgaben traten an sie heran, bisherige Tätigkeitsfelder mussten eingeschränkt oder ganz aufgegeben werden, zahlreiche Beamte, Angestellte und Arbeiter wurden zum Heeresdienst eingezogen. Alle äußeren Einschnitte in die Struktur des administrativen Apparates verweisen auf einen fundamentalen Wandel in der Ausrichtung und Zielsetzung der lokalen Herrschaftsorganisation des Hitlerstaates. Ebenso wie das nationalsozialistische Regime im Krieg zu seinem Wesenskern fand², konzentrierten und reduzierten sich die Funktionen der Stadtverwaltung auf ihre Bedeutung für den Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug des Dritten Reiches. Mehr als nur symbolisch kristallisierte sich diese Fokussierung darin, dass das Stadtoberhaupt selbst zum Heeresdienst einrückte. In seinem Abschiedsschreiben an die „Gefolgschaft“ gab Mayr seiner Verwaltung eine Maßgabe mit auf den Weg, die wie ein Vermächtnis alle Arbeit der Gemeinde ausnahmslos in den Dienst des Krieg führenden Regimes stellte: „Die große und entscheidungsschwere Zeit fordert auch von Ihnen, meine Arbeitskameraden, einen Einsatz, für den es keinen Vergleich mit normalen Zeiten gibt. Es gibt nur ein Ziel: Mit allergrößter Hingabe das Letzte an Arbeit und Leistung herzugeben. Doch ich glaube, in dieser Stunde nicht an Ihr Pflichtbewußtsein und Ihre Opferbereitschaft appellieren zu müssen. Dagegen möchte ich darauf hinweisen, daß die jetzigen Verhältnisse große Mittel und Kräfte der Gemeindeverwaltung in Anspruch nehmen. Jeder von Ihnen, ob Arbeiter, Angestellter oder Beamter, muß auf seinem Posten dazu beitragen, daß durch sparsamste und gewissenhafteste Arbeit die Stadt Augsburg ihre Aufgaben meistern kann.“³

1. Gestaltwandel: Form und Funktion der Stadtverwaltung im Krieg

In dreierlei Hinsicht unterwarf der Krieg die Organisationsstruktur der Stadtverwaltung einem fundamentalen Wandel: Erstens erhielten hunderte Arbeiter, Angestellte und Beamte unabhängig von ihrer Position und Bedeutung den Einberufungsbefehl und mussten, so gut dies möglich war, durch Aushilfskräfte ersetzt werden. Zweitens entstanden neue Ämter und Dienststellen, die sich um die

¹ Vgl. generell Mutius, Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, S. 1079f.; außerdem Matzerath, Kommunale Selbstverwaltung im Zweiten Weltkrieg, detailliert Jörn Brinkhus, Auftragsverwaltung der Gemeinden im Krieg. Das Beispiel westfälischer Kommunen, in: Mecking/Wirsching (Hg.), Stadtverwaltung im Nationalsozialismus, S. 215–242.

² Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 842.

³ StdAA 42/304, RdSchr. Mayr, 7. 9. 1939.

Kriegsverwaltungsaufgaben im engeren Sinne kümmerten und rasch zu den größten Zweigen innerhalb der gesamten Stadtverwaltung anwuchsen. Drittens legten die Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit, vor allem jedoch entsprechende Erlasse Hitlers und der vorgesetzten Reichsbehörden eine Vielzahl von Friedensaufgaben im Laufe der Zeit praktisch still, sodass ganze Ämter ihre Tätigkeit einstellten. Schließlich änderte sich auch das administrative Umfeld, in dem die Stadtverwaltung agierte. Die polykratische Dichte stieg spürbar an, bis die Gemeinden formell sogar zu weisungsgebundenen nachgeordneten Dienststellen ihrer vorgesetzten Behörden herabsanken.

Leitung und Organisation

Die Hauptlast der neuen Anforderungen und vor allem der Verantwortung lag auf den Schultern von Mayrs Stellvertreter. Matthias Kellner, der bislang als Zweiter Bürgermeister nur wenig in Erscheinung getreten war, wurde nunmehr zum Dreh- und Angelpunkt der Kriegsverwaltung in Augsburg, während sich gleichzeitig seine Beanspruchung als Personalchef explosionsartig ausweitete. Ganz auf der Linie der bisherigen Augsburger Gepflogenheiten richtete er ein kleines, mit zwei Referatshilfsarbeitern besetztes Organisationszentrum ein, das den Namen „Referat 2 RV“ erhielt. Die Buchstaben RV standen für „Reichsverteidigung“, denn der Sonderabteilung oblag die Durchführung aller mit der Sicherung des Reiches zusammenhängenden Geschäftsaufgaben.⁴ Friedrich Lauer mann und Georg Burger, denen Kellner diesen heiklen Geschäftsbereich anvertraute – angeblich war diese Dienststelle unter den Beamten die am meisten gefürchtete⁵ –, hatten sich schon monatelang in die Materie eingearbeitet. Seit März 1939 waren sie für die Bereiche „ziviler Luftschutz“ und „Reichsverteidigung“ zuständig.⁶ In ganz ähnlicher Weise schufen sich auch andere Stadtverwaltungen Koordinationsgremien, in denen die wichtigsten mit der Führung der Kriegsaufgaben betrauten Beamten vertreten waren und wo die Fäden der Verwaltung zusammenliefen. Nicht zuletzt sorgten diese Stäbe, Ämter und Abteilungen auch für eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Parteidienststellen. In Wilmersdorf wurde das „Amt für Sonderaufgaben“ allerdings bereits 1940 wieder aufgelöst, nachdem sich die neuen Dienststellen eingespielt hatten.⁷ Leipzig bündelte sämtliche Kriegsaufgaben in einem Dezernat, dem der Luftschutz, Wehrmachtsangelegenheiten, das Wirtschafts- und Ernährungsamt, die Feuerschutzpolizei, das Fürsorgeamt sowie die Abteilung für Familienunterhalt unterstellt waren.⁸ Das Nürnberger „Kriegs-

⁴ Ebd., RdSchr. Kellner, 26. 8. 1939.

⁵ StdAA P 14/542, Schwesinger an Franz Xaver Sennfelder [Personalreferent], 13. 6. 1948. Schwesingers Angaben beziehen sich allerdings auf die Zeit nach dem Luftangriff vom 25. und 26. Februar 1944, als das „Reichsverteidigungsamt“, wie es seither hieß, wesentlich schwierigere und umfangreichere Aufgaben erfüllen musste.

⁶ StdAA 49/214, RdSchr. Mayr, 16. 3. 1939; Kellner an Ott, 18. 3. 1939.

⁷ Martina Wiemers, Kriegsverwaltung, in: Metzger u. a. (Hg.), Kommunalverwaltung unterm Hakenkreuz, S. 120–150, hier S. 125–127.

⁸ Geleitet wurde dieses Dezernat vom Zweiten Bürgermeister Rudolf Haake, der unter Goerdeler die Rolle eines Aufpassers der Partei gespielt hatte; Ulrich Heß, Leipzig – eine

kommissariat“ trat täglich zusammen, um schwebende Fragen zu erörtern und Weisungen von Oberbürgermeister Liebel entgegenzunehmen.⁹ Diese Koordinierungsfunktion leisteten in Augsburg zum Teil die Referentenbesprechungen. Unter Kellners Vorsitz fanden sie häufiger statt und liefen sogar freimütiger als unter Mayr ab, nachdem der Bürgermeister dazu aufgefordert hatte, ihm auch das Unerfreuliche „in aller Offenheit“¹⁰ zu berichten. Generell scheint die Kriegsverwaltung zu einer Aufwertung der Referenten geführt zu haben. Strölin sah sich bei Kriegsbeginn ebenfalls veranlasst, die Besprechungen mit seinen Beigeordneten zu intensivieren.¹¹ Unterhalb der Spitzenebene informierte sich Kellner durch so genannte Kriegstagebücher. Eine Woche nach der Einrichtung der RV-Abteilung ordnete Kellner an, dass in allen Ämtern und Betrieben ein „Tagebuch RV“ anzulegen sei, in dem sämtliche kriegsbedingten Maßnahmen, Anordnungen, Durchführungen, Vorkommnisse usw. in zeitlicher Reihenfolge, auch Mängel in der Organisation und Schwierigkeiten bei der Durchführung der Amtsgeschäfte festgehalten und knapp dargestellt werden mussten. Anfang Januar 1940 verfügte Kellner, dass die wichtigeren Ämter und Dienststellen ihm die Kriegstagebücher wöchentlich, die übrigen vierteljährlich vorzulegen hatten.¹²

Während ähnliche Versuche, die Kriegsorganisation durch Koordinierungsgremien zu verbessern, auf Reichsebene schnell scheiterten¹³, waren sie im begrenzten Rahmen der Stadtverwaltung aus dem Kriegsverwaltungsalltag bald nicht mehr wegzudenken. Mit der Zeit schälte sich allerdings informell ein weiterer Kreis von Verantwortungsträgern heraus. Im Großen und Ganzen folgte die Augsburger Entwicklung den Bahnen, die Nürnberg bereits mit seinem Kriegskommissariat eingeschlagen hatte. In den engeren Führungszirkel der Kriegsverwaltung gehörten die verantwortlichen Referenten, ihre Hilfsarbeiter und die Leiter der Kriegsämter. Formell fasste Kellner im Zuge der Vorbereitungen für den Fall schwerer Luftangriffe den amtsleitenden Bürgermeister sowie die Referenten für Reichsverteidigung, Kriegswirtschaft, Familienunterhalt, Bauwesen, die Stadtwerke und den Sachbearbeiter des RV-Referats als Protokollführer zu einem „Führungsstab RV“ zusammen. Ihm zur Seite stand ein von Seiler geleiteter Einsatzstab, dem je ein hochrangiger Sachbearbeiter für Wohnungs-, Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten sowie Familienunterhalt angehörte.¹⁴

Zunächst musste Kellner die Zuständigkeiten für die neuen Kriegsämter verteilen. Erschwert wurde diese Aufgabe durch den Verlust von weiteren Spitzenkräften neben Mayr. Außer dem Oberbürgermeister waren nämlich noch der Leiter

Großstadt im Zweiten Weltkrieg, in: Buchholz/Füllberg-Stolberg/Schmid (Hg.), *Nationalsozialismus und Region*, S. 215–226, hier S. 218.

⁹ *Fränkischer Kurier*, 23. 9. 1939.

¹⁰ So Kellner in der ersten Zusammenkunft, nachdem Mayr eingerückt war; StdAA 49/70, Protokoll der Referentenbesprechung vom 19. 10. 1939.

¹¹ Müller, Stuttgart, S. 347.

¹² StdAA 42/304, RdSchr. Kellner [Abdruck], 3. 9. 1939, RdSchr. Kellner, 9. 1. 1940.

¹³ Vgl. zum Ministerrat für die Reichsverteidigung und dem „Dreierausschuss“ Rebentisch, *Führerstaat*, S. 131 f. u. 493.

¹⁴ StdAA 49/70, Protokoll der Referentenbesprechung vom 1. 7. 1942. Vgl. dazu eingehender unten S. 351.

des Polizei- und Gesundheitsreferates Willi Förg, Max Utz und Albert Bobinger eingerückt, alle drei promovierte Juristen. Die beiden zuletzt Genannten hatten in Augsburg als Stadtsyndici angefangen und die Parteiämter von Steinhauser beerbt, Bobinger als Gaustudentenführer und Utz als Leiter des Kreisrechtsamts.¹⁵ Während Bobinger auch innerhalb der Stadtverwaltung zunächst kommissarisch die Nachfolge Steinhausers antrat – die Bestätigung der Aufsichtsbehörde traf zu spät in Augsburg ein, als dass Bobinger vor seinem Abmarsch noch formell hätte berufen werden können¹⁶ – übernahm Utz das Rechtsamt.¹⁷ Die durch das Fehlen der jungen, juristisch versierten Spitzenbeamten ohnehin prekäre Lage verschärfte sich noch dadurch, dass das Referat 7 nicht neu besetzt wurde, nachdem der vormalige Leiter Wilhelm Ott Ende 1939 zum Stadtkämmerer berufen worden war. Daraus ergab sich insgesamt eine Situation, die wie eine Ironie der Geschichte anmutet: Der Vorzeige-Nationalsozialist Kellner, seit sechs Jahren für die Personalpolitik der schwäbischen Gauhauptstadt zuständig, musste sich ausschließlich auf Referenten der Weimarer Ära stützen, als das NS-Regime ideologisch zu seiner Substanz fand.

Während aus nationalsozialistischer Sicht die politische Zuverlässigkeit der Hauptverantwortlichen direkt unterhalb Kellners Leitung in diesem kritischen Augenblick auf einen Tiefstand seit 1933 sank, konnte der amtsleitende Bürgermeister dafür auf die geballte Sachkompetenz, die Verwaltungserfahrung und die Vertrautheit seiner engsten Mitarbeiter mit den örtlichen Verhältnissen bauen. Vorläufig übernahm Ott zusätzlich zu den Finanzen das Referat 3 (Grundstücks-, Siedlungs- und Wohnungsangelegenheiten). Die Aufgaben des Referats 4 wurden zwischen Heinz Zwisler (Gesundheitswesen) und Friedrich Seufert (Polizeiliche Angelegenheiten) aufgeteilt, während Stadtsyndikus Dr. Werner Martin den Geschäftsbereich von Utz übertragen erhielt. Neu errichtet wurden unter Leitung des schon im Ersten Weltkrieg mit der gleichen Materie befassten Josef Kleindinst das Kriegsernährungs- und das Kriegswirtschaftsamt, ersteres besetzt mit dem Leiter des Statistikamtes Franz Herkommer, letzteres mit Dr. Otto Dorn.¹⁸ Der

¹⁵ *Der Politische Soldat* 1939, Ordnungsziffer 25, Blatt 10, S. 29f.

¹⁶ Vgl. BayHStA RStH 1628, Reichsstatthalter an RMI, 26. 10. 1940. Das Schreiben ist von Epps Staatssekretär Hofmann paraphiert.

¹⁷ StdAA 49/214, RdSchr. Mayr, 1. 4. 1939.

¹⁸ Das Kriegsernährungsamt war in zwei Abteilungen A und B aufgeteilt, die letztere unterstand Herkommer und war für die Verteilung der Lebensmittel zuständig. Die Produktionslenkung oblag der Abteilung A, die Mayr dem Kreisbauernführer und Ratsherren Ludwig Hartfelder übertrug; StdAA 42/263, Mayr an Wahl [RegPräs], 2. 9. 1939. Die Zusammenarbeit mit dem Mann des Reichsnährstandes bereitete erhebliche Schwierigkeiten, wie Förg gegenüber dem Beigeordneten des DGT Dr. Hans Schmiljan [Leiter des Referats für Arbeitsbeschaffung, Arbeitslosenhilfe, Arbeitseinsatz und Landhilfe] erläuterte, der seinerseits einräumte, dass Augsburg damit nicht allein stand; StdAA Handakten Kriegswirtschaftsreferat (Willi Förg), Zusammenarbeit mit der Partei, Aktennotiz Förg, 29. 7. 1940. Noch im ersten Kriegsjahr wurde deswegen die Abteilung A aus der Kreisbauernschaft herausgenommen und als Zweigstelle der Abteilung B angegliedert; StdAA 42/263, Alois Mittelhammer an Personalamt, 16. 8. 1940. 1941 gelang es der Stadt sogar, ihr Ernährungsamt vollständig zu kommunalisieren; *Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Augsburg. Sonderdruck aus der Augsburger National-Zeitung*, 30. 4. 1941. Im Folgenden wird

70-jährige Regierungsdirektor a.D., bis Juni 1934 bei der Regierung von Schwaben Vorgänger des stellvertretenden Regierungspräsidenten Otto Schwaab, hatte sich „in Würdigung der derzeitigen Verhältnisse“¹⁹ der Stadtverwaltung unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Von 1914 bis 1920 hatte er bei der Regierung die Bereiche Kriegswirtschaft und Demobilisierung verwaltet, weshalb Kellner ihn dazu ausersehen hatte, das Augsburger Wirtschaftsamt aufzubauen. Ebenso hatten Kleindinsts Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg Mayr noch vor seinem Abschied ins Feld dazu bewogen, ihm die Verantwortung für die Kriegswirtschaft anzuvertrauen.²⁰

Vor allem der umsichtigen Leitung der erfahrenen Laufbahnbeamten an den Schaltstellen der neuen Kriegsämter verdankte es Kellner, dass die Stadtverwaltung unter seiner Führung kein chaotisches Bild abgab. Ganz im Gegenteil überstand sie die turbulenten Wochen und Monate erstaunlich gut, bis sich Behördenapparat und Bevölkerung auf die zahlreichen Neuerungen eingestellt hatten. Angesichts der enormen, mannigfaltigen Schwierigkeiten bestand die Stadtverwaltung ihre Bewährungsprobe glänzend. Kleindinst berichtete aus seinem neuen Arbeitsbereich, im Bezugsscheinverfahren überstürzten sich die Anweisungen durch die Reichsstellen und Wirtschaftsverbände: „Heute kommt die Anweisung, grosszügig zu sein, morgen dagegen soll man wieder äusserste Zurückhaltung üben. Hinzu kommt die ungenügende Zuteilung von Arbeitskräften, die noch dazu den Anforderungen des anstrengenden Parteiverkehrs weder körperlich noch geistig gewachsen sind, daher die zahlreichen Beschwerden und die Versuche von Parteistellen, in die Verwaltung hineinzureden. Die schroffe Form der Behandlung ist viel unerträglicher für das Publikum als die direkte aber taktvolle und mitfühlende Ablehnung.“²¹ Das Wirtschaftsamt sei dagegen gut im Fluss. Er hoffe, so Kleindinst, sowohl beim Ernährungs- wie beim Wirtschaftsamt der Lage Herr zu werden. Die Familienunterstützung (FU) habe sich trotz der häufigen, von Berlin aus befohlenen Änderungen und Neueinführungen gut eingespielt. Dies lag vor allem an den Vorbereitungen, die Seiler rechtzeitig getroffen hatte. Noch im August hatte das Wohlfahrtsamt mehrere dezentrale FU-Stellen eingerichtet und zahlreiche Beamte in der komplizierten Verwaltungsmaterie geschult. Dank dieser Umsicht bewältigten die Beamten und Angestellten den ersten Ansturm, ohne dass die Soldatengehörigen längere Wartezeiten in Kauf nehmen mussten.²² Um unbürokratisch auch in solchen Fällen helfen zu können, die nicht unter die ohnehin recht weit gefassten FU-Bestimmungen fielen, beantragte Kleindinst am 30. August 1939 einen Vorschuss von 10 000 RM an Verfügungsmitteln.²³ Zweifelsohne bemühten sich die unmittelbar mit der Kriegsverwaltung

die Abteilung A außer Acht gelassen, weil die von Herkommer geleitete Abteilung B einen ungleich größeren Raum im administrativen Geschehen einnahm.

¹⁹ StdAA 49/226, Kellner an BayStMI, 2. 9. 1939.

²⁰ Dies betonte Kleindinst vor den Ratsherren während der ersten Stadtratssitzung nach Kriegsbeginn; StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamstadtrats 1939, Sitzung vom 27. 10. 1939.

²¹ Ebd.

²² StdAA 36/319, Kellner an Wahl [RegPräs], 22. 9. 1939.

²³ Ebd., Kleindinst an Ref. 1, 30. 8. 1939.

befassten Dienststellen, die Absichten der Gesetze in die Tat umzusetzen, anstatt nur stur die Paragraphen zu exekutieren. Entsprechend früh zahlten die FU-Stellen Vorschüsse aus, auch wenn die erforderlichen Urkundenabrisse des Gestellungsbefehls fehlten.

Weniger reibungslos gestaltete sich der Auftakt der Bezugsscheinausgabe. Ab 28. August waren zahlreiche Lebensmittel und Verbrauchsgüter nur noch dann erhältlich, wenn man den Abschnitt einer Zuteilungskarte vorwies.²⁴ Die überhastet ausgegebenen Bezugsscheine verwirrten sowohl die Verbraucher als auch die Beamten, die sich zudem noch mit widersprüchlichen Anordnungen ihrer vorgesetzten Dienststellen herumschlagen mussten. Zwar verkündete die Presse wenige Tage nach der Einführung, in Augsburg sei die „Bezugsscheinausgabe vorbildlich geordnet“. Unter einem Foto aus der Dienststelle des Ernährungsamts im Rathausflöz konnte man der Bildunterschrift entnehmen: „In kürzester Zeit ist jeder Antrag erledigt.“²⁵ Tatsächlich musste sich die Stadtverwaltung die Beschwerden zahlloser erboster „Volksgenossen“ anhören, weil sie Schlange stehen mussten, falsch informiert und zuweilen barsch abgefertigt wurden. Diesen Druck steigerten die eifrigen Parteifunktionäre noch zusätzlich, die sich bemüßigt fühlten, die Fehler und Unzulänglichkeiten der Stadtverwaltung abzustellen. Andererseits half der Parteiapparat wie beispielsweise auch in Hannover²⁶ bei der Zustellung der Lebensmittelbezugsscheine und sorgte dafür, dass die wütenden Wartenden nicht außer Kontrolle gerieten. Nur dem Dazwischentreten seiner Leute sei es zu verdanken, brüstete sich Schneider, dass es zu keinen schlimmeren Ausschreitungen als einem Pfeifkonzert kam.²⁷

Bis zum Jahresende konsolidierten sich die Verhältnisse in zweierlei Hinsicht. Erstens kehrten mit Förg und Utz zwei Leistungsträger nach Augsburg zurück. Förg übernahm zu seinem alten Geschäftsbereich wegen der engen Verflechtung mit dem ihm unterstehenden Marktamt auch die Kriegswirtschaft. Für Dorn, der aus Gesundheitsgründen darum gebeten hatte, ihn von seinen Aufgaben zu entbinden, trat Utz an die Spitze des Wirtschaftsamtes.²⁸ Zweitens kehrte in dem Maße mehr Ruhe in die Bezugsscheinausgabe ein, wie sich die Organisation der Kriegswirtschaftsstellen einspielte.²⁹ Deren allgemeine Verwaltungsgrundsätze umschrieb Förg in einer Serie von Besprechungen folgendermaßen: „1) Sauberkeit und Ordnung, 2) einfachste Behandlung der Geschäfte ohne Bürokratismus (Ausschaltung der Überorganisation!), 3) eine absolut anständige Behandlung aller

²⁴ Vgl. Gustavo Corni/Horst Gies, Brot, Butter, Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997, S. 413–416. Zum Augsburger Ernährungsamt s. unten S. 325–332.

²⁵ *Augsburger National-Zeitung*, 31. 8. 1939.

²⁶ Johanna Lison, Im Krieg von zentraler Bedeutung: Das Wirtschafts- und Ernährungsamt, in: Mechler/Schmid (Bearb.), Schreibtischtäter?, S. 47–50, hier S. 48.

²⁷ StdAA 42/304, Schneider an Kellner [persönlich], 30. 10. 1939.

²⁸ StdAA 49/214, RdSchr. Kellner, 19. 12. 1939; Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrats 1939, Sitzung vom 20. 12. 1939.

²⁹ Vgl. den internen Bericht des für die Ernährungsämter zuständigen Referenten der Regierung von Schwaben an Wahl vom 6. Dezember 1939, in: StAA Regierung von Schwaben Nr. 17866.

Die Kriegswirtschaftsstellen der Stadtverwaltung Augsburg

Stand: 1.7.1943

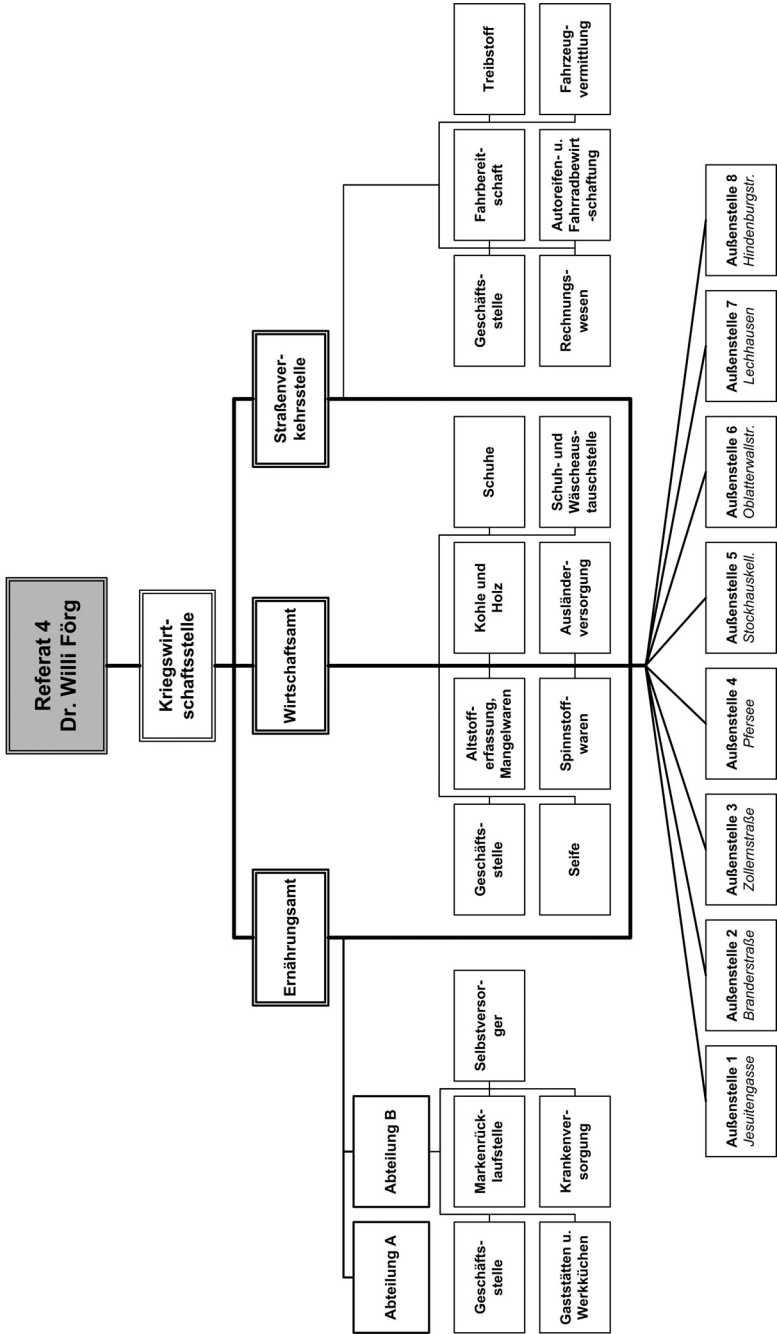


Abb. 11: Kriegswirtschaftsstellen der Augsburger Stadtverwaltung im Juli 1943

Volksgenossen, 4) eine gerechte Behandlung aller Volksgenossen ohne Rücksicht auf Stand.“³⁰

Förg räumte ein, dass es viele Klagen wegen gewisser Anfangsschwierigkeiten gegeben habe, diese seien jedoch überwunden worden. Dazu diene ein weiteres Koordinationszentrum, wie es schon Kellner für den Bereich Reichsverteidigung installiert hatte. Förg nannte das ihm zuarbeitende Büro „Kriegswirtschaftsstelle“, dessen Zweck in der „übersichtlichen Leitung und einheitlichen Führung des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes samt Außenstellen“ bestand.³¹ Besetzt war dieses Büro mit drei Referatshilfsarbeitern. Organisatorisch wiesen das „Referat 4 KW“ und das „Referat 2 RV“ mithin alle Insignien eines eigenständigen Geschäftsbereiches auf und bildeten den Kern der Kriegsverwaltungsstruktur.

Den Großteil der alltäglichen Kriegsverwaltungsgeschäfte mit der Bevölkerung deckten die Außenstellen für alle drei Ämter ab. Diese Konzentration ersparte den Augsburgern, die unumgänglichen Behördengänge auch noch an verstreuten Orten erledigen zu müssen. Im Schnitt betreute jede der insgesamt acht Außenstellen mehr als 23 000 Menschen; in anderen Städten lag dieser Satz wesentlich niedriger.³² Diese verhältnismäßig schlanke und Personal sparende Struktur funktionierte nur deshalb, weil sie zu Stoßzeiten ausgeweitet und der Bevölkerungsandrang kanalisiert wurde. Für die Ausgabe von Lebensmittelkarten öffnete die Stadtverwaltung jeweils während dreier Tage eine Dienststelle für jeden der 29 Stadtbezirke. An welchem Tag wer zu kommen hatte, richtete sich nach dem Anfangsbuchstaben der Straßen, in denen die Versorgungsberechtigten wohnten. Ein ähnliches System regelte den Besuch der acht Außenstellen; jedem standen effektiv zwei Termine pro Woche zur Verfügung.³³

Die Einteilung der Außenstellen hatte Herkommer den Ortsgruppen der NSDAP angepasst. Jede Außenstelle war für mehrere Ortsgruppen zuständig. Der Leiter des Ernährungsamtes verfolgte damit konsequent den Weg weiter, den er selbst in seiner Funktion als Leiter des Statistischen Amtes eingeschlagen hatte, nämlich Partei- und Verwaltungsbezirke nach Möglichkeit zur Deckung zu bringen. Überhaupt rekrutierten das Wirtschafts- und das Ernährungsamt einen beträchtlichen Teil ihres Stammpersonals aus dem Statistikamt. Herkommer führte es auf den Zufluss dieses Experten-Know-hows zurück, dass sich die neuen Dienststellen so glatt und reibungslos in den bestehenden Verwaltungsapparat

³⁰ StdAA Handakten Kriegswirtschaftsreferat (Willi Förg), Zusammenarbeit mit der Partei, Protokoll der Besprechung mit dem Gauring für Volksaufklärung und Propaganda, 11. 3. 1940. Der Aufbau dieses Vortrags deckt sich mit der ebenfalls überlieferten Agenda zweier weiterer Aufklärungsvorträge, die Förg am 22. Januar und 15. Februar vor den Ortsgruppenleitern bzw. Ortsfrauenschaftsleiterinnen hielt.

³¹ StdAA 42/263, Förg an Kellner, 12. 1. 1940.

³² In Stuttgart entfielen bei 450 000 Versorgungsberechtigten etwas weniger als 13 000 Menschen auf jede der 35 Außenstellen, in Köln waren es knapp 13 800 bzw. 56 Bezirksstellen für 772 000 Einwohner, in Halle etwa 11 350 bzw. 18 Bezirksstellen auf knapp 205 000 Einwohner; Vb. Stuttgart 1941, S. 2; Vb. Köln 1939/40, S. 15; Vb. Halle 1939, S. 44 f.

³³ So konnten beispielsweise die Augsburgern, deren Familiennamen mit den Buchstaben A–H montags oder donnerstags ihre Amtsgänge zu den Außenstellen erledigen, *Amtsblatt der Stadt Augsburg* 1939, S. 217 u. 243.

hatten einfügen lassen.³⁴ In genau der gleichen Weise organisierte Oberbürgermeister Johannes Weidemann das Wirtschafts- und Ernährungsamt in Halle: Wie in Augsburg vertraute er die Leitung dem Direktor des Statistikamtes an und teilte die Außenstellen analog den Ortsgruppen ein, was insbesondere bei den Beschwerden der Bevölkerung Reibungen vermied.³⁵ Drei Monate nach Beginn des Krieges berichtete Herkommer, dass die Ausgabe der Bezugsscheine „wie bisher“ ohne Schwierigkeiten und Reibungen vonstatten gegangen sei. Die Augsburger Hausbesitzer mussten die Lebensmittelmarken für sämtliche Haushalte unter Vorlage der zu Anfang ausgegebenen Lebensmittelausweiskarte³⁶ in Empfang nehmen. Doch obwohl diese Organisation offenbar funktionierte, beklagte sich Herkommer über das in vielen Fällen unerhörte Betragen der Menschen in den Außenstellen: „Wenn nicht alle ihre Ansprüche bei der Bezugsscheinausstellung erfüllt werden, erfolgen Drohungen mit allen möglichen und unmöglichen Stellen.“³⁷

Im Laufe des Krieges kamen zu den bisher genannten noch weitere Kriegsämt hinzu. 1940 errichtete die Stadtverwaltung die Straßenverkehrsstelle, die FU-Abteilung des Wohlfahrtsamts wurde zum „Stadtamt für Familienfürsorge“ aufgewertet. Hinzu trat 1943 das Quartieramt, das die durch Luftangriffe obdachlos gewordene Bevölkerung betreute, sowie das Kriegsschädenamt. Ursprünglich hatten Seuferts Referatshilfsarbeiter die Kriegssachschäden bearbeitet, doch weil Augsburg immer öfter von Luftangriffen heimgesucht wurde, nahm das Kriegsschädenamt dieselbe Entwicklung wie das Amt für Familienunterhalt. Außerdem wurden vor allem die Kriegswirtschaftsstellen wesentlich ausdifferenziert, um die ungeheure Verwaltungsarbeit für immer mehr und immer komplizierter bewirtschaftete Güter bewältigen zu können. Bei seiner Einrichtung hatte das Wirtschaftsamt nur eine Geschäftsstelle und zwei Hauptabteilungen besessen; doch bereits nach sechs Monaten Krieg wurde es umstrukturiert und in sieben Abteilungen unterteilt.³⁸ Im Mai 1942 wurde das Amt ganz aus dem Verwaltungsgebäude I herausgenommen und in ein eigenes Anwesen verlegt, doch auch so wirkte der massenhafte Publikumsandrang in Gängen und Amtsräumen manchmal „geradezu beängstigend“³⁹.

1941 wies der Stellenplan für die Kriegswirtschaftsstellen der Stadtverwaltung Augsburg 307 Planstellen aus. Die drei Ämter waren in insgesamt 17 Abteilungen untergliedert und unterhielten zusammen acht Außenstellen.⁴⁰ Allein die Straßen-

³⁴ StdAA 49/214, Herkommer an Mayr, 3. 2. 1941.

³⁵ Vb. Halle 1939, S. 31.

³⁶ An die Stelle der Lebensmittelausweiskarte und Marken trat später das System der einzelnen Lebensmittellkarten (z. B. die Reichsbrotkarte) mit einzelnen Abschnitten.

³⁷ StdAA, Ernährungsamt, Wochenberichte des Ernährungsamtes A und B, Herkommer an Ref. 4, 13. 1. 1940.

³⁸ StdAA 44/1, Bericht Josef Siebers über „Das Wirtschaftsamt Augsburg. Seine Entstehung, sein Wirken und seine Auflösung“, 30. 6. 1949, S. 5. Sieber hatte im September 1945 die Leitung des Wirtschaftsamts übernommen und für Oberbürgermeister Dr. Klaus Müller auf Grundlage der Sachakten und Tagebücher einen umfangreichen Tätigkeitsbericht verfasst.

³⁹ Ebd., S. 13.

⁴⁰ StdAA 42/263, Förg an Kellner, 17. 4. 1941.

verkehrsstelle umfasste sechs Unterabteilungen; geleitet wurde sie von Stadtsyndikus Rudolf Zimmermann.⁴¹ Sie war das Paradebeispiel für eine der Form nach reine Auftragsverwaltung, gehorchte jedoch in weitem Maße den Vorgaben des Stadtoberhaupts. Dafür hatte Förg mit seiner pragmatischen Personalpolitik gesorgt. „Wenn es mir gelingt“, so der Kriegswirtschaftsreferent, „den Beamten als Leiter durchzudrücken, dann werde ich die ganze Treibstoffbewirtschaftung mit der Fahrbereitschaft zusammenlegen. Als Leiter hierfür möchte ich Dr. Zimmermann vorschlagen. Wenn ein Akademiker mit Dokortitel die Sache übernimmt, dann haben die Leute doch mehr Hemmungen als wenn ich einen Inspektor hinübersetze.“⁴² Ihren Ursprung hatte die Straßenverkehrsstelle in der Fahrbereitschaft, die von einem Beauftragten für den Nahverkehr von München aus gesteuert wurde. Dieser trug auch sämtliche Personalkosten. Ab Juli 1940 trat die Straßenverkehrsstelle als eigenständige Abteilung des Kriegswirtschaftsreferats ins Leben. Ihr Aufgabenbereich umfasste die Fahrbereitschaft und Fahrzeugdisposition, die Treibstoffversorgung und Kraftfahrzeugbereifung sowie die Be- und Entwinkelung von Kraftfahrzeugen, d.h. die Zuteilung von Fahrerlaubniskennzeichen während des Krieges. Größtenteils übernahm die Straßenverkehrsstelle diese Zuständigkeiten vom Wirtschaftsamt, nämlich die Abteilungen Treibstoff, Petroleum, Kraftfahrzeugbereifung, Kautschuk und Fahrradbewirtschaftung.⁴³ Mit dieser Einrichtung spielte Augsburg eine Vorreiterrolle im ganzen Reichsgebiet. Ziel des umfassenden Zuständigkeitskatalogs war es, die Einheit der Verwaltung auf dem Gebiet des Verkehrswesens in der Unterstufe zu wahren. Um eine einheitliche Lenkung sämtlicher Aufgaben des Straßenverkehrs zu gewährleisten und ein gutes Zusammenarbeiten zwischen den einzelnen Dienststellen des Straßenverkehrs zu ermöglichen, wurde der Güternahverkehr und der Reichs-Kraftwagen-Betriebsverband sowie die Reichsverkehrsgruppe räumlich mit der Straßenverkehrsstelle vereinigt. Dieses Modell fand über die Grenzen von Schwaben hinaus viel Beifall und Nachahmung, was Zimmermann mit Stolz erfüllte: „Die Augsburger Lösung ist für viele Gemeinden und Städte zum Vorbild geworden. Sie hat die Anerkennung und das Wohlwollen nicht nur des Bayerischen Staatsministeriums, sondern auch des Reichsverkehrsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums gefunden.“⁴⁴

Personal

Alle Kriegsämtner stellten ungeheure Personalanforderungen. Sie zu befriedigen kam der Quadratur des Kreises gleich, denn bei Kriegsausbruch musste die Stadtverwaltung auf einen Schlag 700 Mitarbeiter an die Wehrmacht abgeben. Es dauerte bis August 1940, fast ein ganzes Jahr, bis das Personalamt durch Kriegshilfen diesen Einschnitt wieder wettgemacht hatte. In der besonders schwierigen Umbruchphase war die Stadtverwaltung demnach chronisch unterbesetzt, denn

⁴¹ Ebd., Zimmermann an Mittelhammer, 28. 6. 1940.

⁴² StdAA 49/70, Protokoll der Referentenbesprechung vom 28. 5. 1940.

⁴³ StdAA 49/214, RdSchr. Kellner, 27. 6. 1940.

⁴⁴ StdAA 49/226, Zimmermann an Mayr, 24. 12. 1940.

sie musste mit weniger Leuten bedeutend mehr leisten. Der Friedensstand, also die Gesamtzahl aller städtischen Beschäftigten unmittelbar vor Kriegsbeginn, hatte 3930 Männer und Frauen betragen, wovon rund 3800 zum eingearbeiteten Stammpersonal zählten. Davon musste Kellner immer mehr zur Wehrmacht, zum Sicherheits- und Hilfsdienst (SHD), an die Organisation Todt, den Reichsarbeitsdienst und in die von der Wehrmacht besetzten Gebiete abstellen. Bereits im September 1939 betrug ihre Zahl rund 1000. Bis Februar 1941 sank sie auf 776, um dann wieder kontinuierlich anzusteigen. Im März 1942 war die Tausendermarke erneut überschritten, und Ende 1943 leisteten knapp 1300 Bedienstete der Stadtverwaltung Waffen- oder einen anderweitigen Kriegsdienst außerhalb Augsburgs.⁴⁵ Entsprechend stieg der Anteil der Einberufenen am Stammpersonal. Bei Kriegbeginn belief er sich auf knapp ein Viertel. Parallel zur Gesamtzahl der Einberufenen sank auch ihr Anteil. Dieser machte jedoch zu keinem Zeitpunkt weniger als ein Fünftel aus. Seit Januar 1941 stieg er wieder von rund 20% auf über 25% im Februar 1942 und kletterte bis auf 32,9% im Dezember 1943. Von den Stamarbeitern waren zu diesem Zeitpunkt sogar über 37% einberufen. Augsburg gab mehr Personal ab als andere Städte. Für Kellner rangierten die Bedürfnisse der Wehrmacht eindeutig höher als die der eigenen Behörde. Daher hatte er zu Beginn des Krieges nur die wirklich unverzichtbaren Mitarbeiter als unabkömmlich deklariert und entsprechend viel Personal für den Einsatz als Soldat „freigemacht“. Im ersten Kriegsjahr musste die Kölner Stadtverwaltung lediglich auf knapp 14% des Friedenssollbestandes verzichten, also gut zehn Prozentpunkte weniger als in Augsburg. Wilmersdorf musste im März 1941 etwa 26% des Friedenspersonals ersetzen; in Hamburg waren es dagegen 1941 bis 1942 nur etwa 17%. In Münster betrug die Quote der einberufenen Mitarbeiter im Sommer 1944 23,1%.⁴⁶ Die summarischen Zahlen beschreiben den Aderlass noch nicht in seiner ganzen Schärfe, denn wer für die Wehrmacht tauglich oder für die Organisation Todt brauchbar war, leistete in der Regel auch in der Stadtverwaltung überdurchschnittlich viel und gute Arbeit. Anfang Oktober 1943 waren 337 Beamte eingezogen, das waren 25,8% der Stammbeamten. 319 davon waren jünger als 45 Jahre, d.h. der Stadtverwaltung fehlten zwei Drittel ihrer insgesamt 481 Beamten dieser Altersgruppe.⁴⁷

Um den Ausfall zu kompensieren, stellte die Stadt massiv Kriegsaushilfen ein. Ein wenig Erleichterung verschafften ihr die Ruhestandsbeamten, die wie Dorn an ihre alte Wirkungsstätte zurückkehrten, um ihren Beitrag im Krieg zu leisten.

⁴⁵ Alle vorstehenden Angaben sind dem Kriegstagebuch des Personalamts (künftig zitiert als: StdAA 49/141 I, Kriegstagebuch) entnommen. Dabei handelt es sich um einen Überlieferungsglücksfall, denn kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner ließ Kellner alle Geheim- und VS-Akten vernichten; StdAA 49/70, Dienstbesprechung in der Gauwirtschaftskammer, 29. 3. 1945. Offenbar ist kein anderes Kriegstagebuch erhalten geblieben. Alle nachfolgenden Zahlenangaben stammen, soweit nicht anders angegeben, aus den dort aufgeführten statistischen Monatsübersichten.

⁴⁶ Vb. Köln 1939/40, S. 17; Wiemers, Kriegsverwaltung, S. 125; Lohalm, „... anständig und aufopferungsbereit“, S. 40; Mecking, „Immer treu“, S. 164.

⁴⁷ StdAA 49/70, Protokoll über die Besprechung mit den Referenten, Amts- und Betriebsvorständen, 1. 10. 1943, Beilage 2.

Allerdings handelte es sich um alte Herren, die den enormen Belastungen des Kriegsverwaltungsalltags in der Regel nicht lange gewachsen waren. Direkt nach Kriegsbeginn berichtete Kellner an Wahl, dass 69 Ruhestandsbeamte in der Stadtverwaltung beschäftigt seien; bei Bedarf stünden noch weitere zur Verfügung.⁴⁸ Aber ein halbes Jahr später arbeiteten dort nur noch 52 pensionierte Beamte, bis Dezember 1943 sank ihre Zahl stetig bis auf 24 ab. Dennoch kann der Wert ihrer Erfahrung in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn kaum überschätzt werden. Ausgestattet mit einer gewissen Gelassenheit und fachlicher Autorität, eigneten sie sich vorzüglich, um die Masse der unerfahrenen Aushilfen in die Grundlagen administrativer Prozesse einzuführen. In der schwierigen Anlaufphase der Kriegswirtschaftsstellen wurden eine der beiden von Beginn an bestehenden Abteilungen des Ernährungsamts B sowie fünf der acht Außenstellen von Ruhestandsbeamten geleitet, außerdem stellten sie drei stellvertretende Außenstellenleiter.⁴⁹ Das Personalamt musste vor allem Aushilfsangestellte und Arbeiter neu einstellen, um die Lücken im Stammpersonal zu schließen. Den niedrigsten Stand erreichten die Kriegsaushilfen im März 1940 mit 760, nachdem es zwei Monate zuvor noch 850 gewesen waren. Von kleineren Schwankungen abgesehen, stieg ihre Anzahl danach beständig an. Erstmals überschritt sie im November 1940 die Marke von 1000 und kletterte innerhalb von zwei Jahren auf 1226. Im Dezember 1943 beschäftigte die Stadt 1459 Aushilfskräfte, fast doppelt so viel wie im März 1940. Zu diesem Zeitpunkt stellten die Kriegsaushilfen 35,5% der tatsächlich beschäftigten Angestellten und sogar 50,4% der Arbeiter.

Unter den Kriegsaushilfen herrschte eine hohe Fluktuation. Das Arbeitsamt konnte der Stadt nur solche Kräfte zuweisen, die entweder noch nie im Arbeitsleben gestanden hatten oder aus sonstigen Gründen für die Wehrmacht untauglich waren. Die Quote der Frauen in der Stadtverwaltung wuchs enorm an. Im Ernährungsamt stellten sie zwei Monate nach Kriegsbeginn drei Viertel des Personals, im gesamten Bereich des Kriegswirtschaftsreferats wuchs ihr Anteil bis Oktober 1943 auf 85,4%.⁵⁰ Im Februar 1942 war mehr als ein Fünftel der städtischen Dienstkräfte weiblich.⁵¹

Die Kriegsaushilfen anzulernen gestaltete sich äußerst mühsam. Innerhalb eines halben Jahres stellte die Straßenbahn 550 Schaffnerinnen ein, von denen sie 366 wieder entlassen musste, um 188 brauchbare Dienstkräfte behalten zu können. Der Personalamtsleiter beklagte, dass die Stadt mit zunehmend schlechterem Personal auskommen müsse: „Immer mehr Gefolgschaftsmitglieder mit teilweise mangelhafter Ausbildung, vielfach mit körperlichen Schäden und sonstigen Mängeln“ würden schon seit Jahren beschäftigt, die in normalen Zeiten als Dauerangestellte oder Stammarbeiter nicht in Frage gekommen wären.⁵² Diese Leute ver-

⁴⁸ StdAA 42/203, Kellner an Wahl [RegPräs], 6. 10. 1939.

⁴⁹ StdAA 42/163, Verzeichnis des im Ernährungsamt beschäftigten Personals, 28. 11. 1939.

⁵⁰ StdAA 42/263, Herkommer an Kleindinst, 29. 11. 1939; StdAA 49/70, Protokoll über die Besprechung mit den Referenten, Amts- und Betriebsvorständen, 1. 10. 1943, Beilage 2.

⁵¹ StdAA 49/141 I (Kriegstagebuch), Eintrag vom 23. 2. 1942 [Prozentsatz errechnet; B.G.].

⁵² StdAA 49/141 I, Fuchsloch an Kellner, 5. 3. 1942. Laut Kellner mussten sogar 900 Schaffnerinnen eingestellt werden, um 160 zu bekommen, die im Dienst verbleiben konnten; StdAA 42/175, Kellner an Wahl [RegPräs], 17. 2. 1942.

ursachten zudem viel mehr Verwaltungsarbeit als gesunde, voll einsatzfähige Mitarbeiter. Vielen Schaffnerinnen etwa war der Dienst zu schwer, sodass sie es durch Disziplinarvergehen darauf anlegten, entlassen zu werden. Auch der Aufbau der neuen Kriegswirtschaftsstellen, die zu über 90% mit Kriegsaushilfen besetzt waren⁵³, litt unter dem leergefegten Arbeitsmarkt, der es nahezu unmöglich machte, auch nur einigermaßen brauchbare Kräfte zu bekommen.⁵⁴ Zum Teil mangelte es den Kriegsaushilfen selbst an den nötigsten orthographischen Kenntnissen. Viele überforderte die ungewohnte Verwaltungsarbeit schlichtweg, sodass sie hilflos und untätig herumsaßen, weil sie nicht wussten, wie sie ihre Aufgaben angehen sollten.⁵⁵

Je mehr Arbeit auf dem durch die Einberufung der wehrfähigen Männer im Schnitt älteren und anfälligeren Personal lastete, desto besorgniserregender stieg die Krankheitsziffer. Während 1935 jeden Monat noch durchschnittlich 240 Erkrankungen auftraten, waren es 1942 mehr als drei mal so viel, nämlich 780.⁵⁶ Im Februar 1941, einem besonders krassen Monat, erkrankten 810 „Gefolgschaftsmitglieder“, nicht weniger als 19,1% des gesamten Personals. Im Rechnungsjahr 1939 gingen der Stadt deshalb 51 545 Arbeitstage verloren, 1941 war diese Zahl bereits nach 11 Monaten überschritten.⁵⁷ Bei den Verkehrsbetrieben fehlten permanent 18 bis 20% der Belegschaft wegen Krankheit, im Winter sogar bis zu 25%.⁵⁸ Als der Krankenstand insgesamt auf über 16% anstieg – in einigen Abteilungen fehlte sogar ein Drittel des Personals – wandte Kellner sich an das Wehrfürsorgeamt und bat um die Zuweisung von kriegsversehrten, aber schreib- und lesefähigen Soldaten – ohne Erfolg.⁵⁹ Ende 1943 ergriff Mayr verschiedene Gegenmaßnahmen – eine stärkere Überwachung durch die Amtsvorstände, die Einschaltung des Vertrauensarztes und eine bessere gesundheitliche Betreuung des Personals. Damit lag er durchaus im Trend, denn vor allem der staatlichen Normen verpflichtete vertrauensärztliche Dienst diente dazu, „der nationalsozialistischen Volkswirtschaft die Arbeitskraft der Patienten zu sichern [...] was in der Praxis darauf hinauslief, möglichst viele Kranke in möglichst kurzer Zeit gesund zu schreiben.“⁶⁰ Dennoch besserte sich der Gesundheitszustand der Stadtverwaltungsangehörigen nicht. Überall im Reich ging die Mehrbelastung auf Kosten der kommunalen Bediensteten, also größtenteils der besonders anfälligen Alten und

⁵³ Stellenplan des Kriegswirtschaftsreferats vom 17. 4. 1941 (wie Anm. 40).

⁵⁴ StdAA 42/263, Herkommer an Kellner, 2. 10. 1939.

⁵⁵ StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrats 1940, Sitzung vom 16. 2. 1940, Bericht Förögs über die Kriegsämter; StdAA 42/307, RdSchr. Kellner, 17. 3. 1942.

⁵⁶ StdAA 49/70, Protokoll über die Besprechung mit den Referenten, Amts- und Betriebsvorständen, 1. 10. 1943, Beilage 2.

⁵⁷ StdAA, Amt für Statistik und Stadtentwicklung, [Statistik- und Wirtschaftsamt], Personalbewegung 1939–1941, Herkommer an Mayr, 12. 4. 1941.

⁵⁸ StdAA 42/267, Niederschrift über Schlussbesprechung zwischen den Stadtwerken Augsburg und der 35. Prüfungskommission des Landesarbeitsamtes Augsburg über das Ergebnis der Prüfung der Stadtwerke, 9. 11. 1940.

⁵⁹ StdAA 42/263, Kellner an das Wehrmachtfürsorgeamt, 2. 9. 1942.

⁶⁰ Süß, „Volkskörper“, S. 245.

Frauen.⁶¹ In manchen Abteilungen der Münchener Stadtverwaltung übertraf der Krankenstand 1944 die Verhältnisse in Friedenszeiten sogar um das Siebenfache.⁶² Überarbeitung, schlechte Ernährung und oft unzureichende Beheizung schwächten die Mitarbeiter und verringerten ihre Leistungsfähigkeit.

Obwohl oft nur mehr schlecht als recht verwendbar, lasteten die vielen Kriegsaushilfen schwer auf der Stadtkasse. Dies machte sich umso empfindlicher bemerkbar, weil die Stadtverwaltung ihren eingezogenen Stammkräften, ohne dazu verpflichtet zu sein, die Löhne und Gehälter in voller Höhe weiterbezahlte. Ott rechnete im Mai 1941 vor, dass diese Zusatzleistung bei längerer Kriegsdauer „allmählich empfindlich“ werde.⁶³ Kellner wollte jedoch den Frauen der Frontsoldaten nicht eröffnen müssen, künftig auf die Familienunterstützung angewiesen zu sein, denn dies hätte eine faktische Einkommenseinbuße von etwa 15% zur Folge gehabt. Ein halbes Jahr später plädierte Ott offen dafür, dass die Gemeinde sich über Bedenken stimmungsmäßiger Art hinwegsetzen solle, weil dadurch viel Geld gespart werden könne. Für Kellner zählte die Ruhe an der „Heimatfront“ mehr als die Schwierigkeiten, den Haushalt auszugleichen. Darum blieb es bei der Lohnfortzahlung: „Wenn Sie, meine Herren, die Briefe lesen würden, die ich fast täglich von der Front erhalte, dann würden Sie das Stimmungsmoment sicher gelten lassen.“⁶⁴

Die Stadtverwaltung konnte, indem sie massiv Kriegsaushilfen einstellte, die Ausfälle zwar nominell bewältigen (vgl. Abb. 12), sie zahlte jedoch einen hohen Preis dafür und büßte dramatisch an fachlichem Wissen und Erfahrung ein. Diejenigen Stammkräfte, die ihr verblieben waren, mussten den Qualitätsabfall auf den verantwortungsvollen Positionen auffangen. Immerhin bildete sich auch unter den Aushilfskräften eine Art neuer Stamm aus. Viele Männer und Frauen, die zunächst nur auf Tagelohnbasis gearbeitet hatten, wurden als Vertragsangestellte übernommen. Die Arbeitskraft und Lernfähigkeit vor allem der Frauen bildete eine unverzichtbare Ressource für die Stadtverwaltung, die sich rasch in die Routine des Verwaltungsalltags einfügen konnten. 1944 war es bereits völlig normal, dass „Frauen und Mädchen aus allen möglichen Berufen unter Leitung ganz weniger Beamten“⁶⁵ den Familienunterhalt vollzogen. Zwar blieben die Leitungsfunktionen überwiegend den Männern vorbehalten, sie konnten aber immerhin in den Außenstellen und Abteilungen der Kriegswirtschaftsämter auch von Frauen besetzt werden.⁶⁶ Im Kriegsschadenamt leitete 1944 sogar die noch minderjährige

⁶¹ Süß konstatiert für diese Bevölkerungsgruppen eine „einschneidende Verschlechterung des Gesundheitszustands“ ab 1942; ebd., S. 385 (Zitat) u. S. 401–404.

⁶² BA R 1501/1278, Stellungnahme Fiehlers zum Schnellbrief vom 17. 8. 1944 des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung [Abschrift], o.D. [31. 8. 1944].

⁶³ StdAA 49/70, Protokoll der Referentenbesprechung vom 26. 5. 1941.

⁶⁴ Ebd., Protokoll der Referentenbesprechung vom 14. 1. 1942.

⁶⁵ BA R 1501/3398, Josef Mayr: Überblick über die besonderen Verhältnisse der Gauhauptstadt Augsburg, 10. 2. 1944.

⁶⁶ So stieg die Aushilfsangestellte Fanny Harreis 1942 zur stellvertretenden Leiterin der Außenstelle 6 (Oblatterwallstr.) auf; StdAA 42/263, Anordnung Förg, 12. 2. 1942. Eine Vertragsangestellte (Luzie Wagner) und eine der wenigen Beamtinnen (Rosa Mayr) leiteten insgesamt drei der sechs Abteilungen des Ernährungsamtes; StdAA 49/189, Förg an BayStMWi, Landesernährungsamt Bayern, 4. 1. 1943.

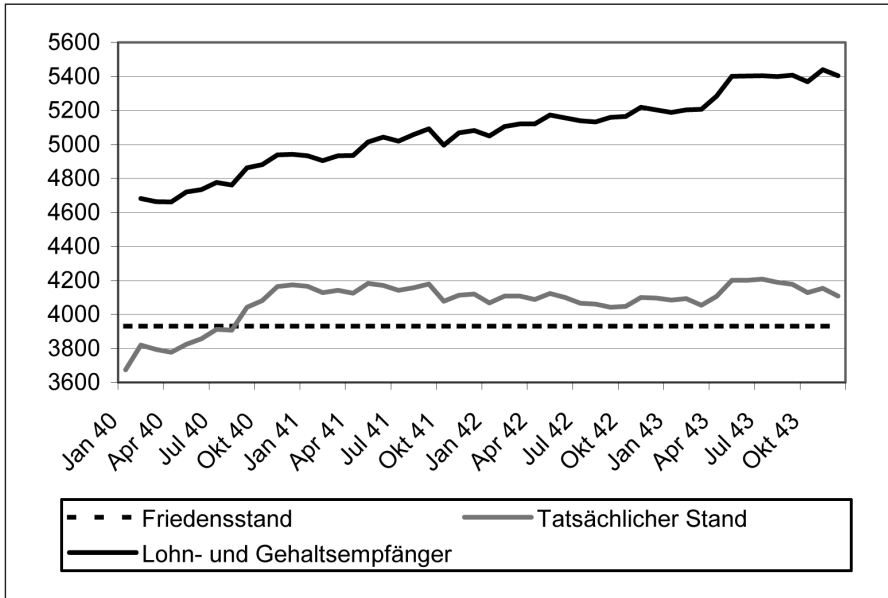


Abb. 12: Personalstandsveränderungen 1940–1943

Vertragsangestellte Annemarie Almus eine Abteilung.⁶⁷ Ab März desselben Jahres beschäftigte die Stadtverwaltung dort außerdem drei Rechtsanwälte auf der Basis von Werkverträgen, weil sie nicht mehr genügend juristisch ausgebildete Beamte hatte, um die Schadensanträge selbst zu bearbeiten.⁶⁸ Die Findigkeit, mit der die Stadtverwaltungen personelle Ressourcen mobilisierte, war aus der Not geboren und trug ganz erheblich dazu bei, dass Wehrmacht und Rüstungsindustrie so viele Arbeitskräfte rekrutieren konnten, ohne dass das öffentliche Leben zusammenbrach.

In dieser Lage nimmt es nicht wunder, dass die Stadtverwaltung sich mit Händen und Füßen wehrte, wenn Wehrmacht, Organisation Todt oder andere Behörden erneut Raubbau am Stammpersonal betrieben. Vor allem Facharbeiter waren heiß begehrt. 1940 feilschten der Bürgermeister, der Personalamtsleiter, der Referent der Stadtwerke und sein Stellvertreter stundenlang mit Vertretern des Landesarbeitsamtes, des Augsburger Arbeitsamtes, des Wehrbezirkkommandos, der IHK und der DAF um zwei Metallfacharbeiter bei den Verkehrsbetrieben, acht

⁶⁷ StdAA 49/31, Organisationsplan des Kriegsschädenamtes Augsburg, 11. 9. 1944. Weil Kellner Regressansprüche gegen die Stadt befürchtete, durfte Almus formal nur als Hilfskraft eingesetzt werden. Nichtsdestotrotz wies der Organisationsplan sie im Februar 1945 zwar nicht mehr als Abteilungsleiterin, wohl aber als selbstständige Sachbearbeiterin aus; ebd., Organisationsplan des Kriegsschädenamtes Augsburg, 1. 2. 1945.

⁶⁸ Bereits 1942 hatte Seufert sich für den Fall größerer Luftschäden geeignete Rechtsanwälte nennen lassen; ebd., Seufert an den Gaugruppenwalter der Rechtsanwälte im Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund, 24. 12. 1942.

bei den Betrieben der Elektrizitätsversorgung und zwei weitere bei der Gasversorgung, die den Messerschmittwerken zugeteilt werden sollten.⁶⁹ Ließen die Zivilbehörden noch mit sich reden, so war die Wehrmacht taub für alle Einwände gegen ihre Forderungen. 1942 kündigte das Wehrbezirkskommando fast die Hälfte aller bis dahin genehmigten uk-Stellungen. Selbst für den Oberbürgermeister musste Wahl die uk-Stellung erst nachdrücklich einfordern.⁷⁰ Obwohl Fuchsloch und Kellner vehement auf die Schwierigkeiten und das Aufgabenspektrum der Stadtverwaltung hinwiesen, zeigte sich das Wehrbezirkskommando unbeeindruckt, verwies die Stadt auf die Möglichkeit, Kriegsgefangene anzufordern und schob lediglich einzelne Einberufungen ein wenig hinaus.⁷¹

Durch den Krieg verschärfte sich die Konkurrenz um die Freizeit des Personals, wie sie sich bereits vor dem Krieg hinsichtlich der ehrenamtlichen Wohlfahrtshelfer zwischen Stadtverwaltung und Kreisleitung ausgebildet hatte. Allerdings handelte es sich nicht mehr um ein freiwilliges Engagement für Staat oder Partei und es drehte sich um die Mitglieder der Stadtverwaltung selbst. Für den verschärften Wettstreit um den Zugriff auf die „Gefolgschaftsmitglieder“ auch nach Dienstschluss sorgten die Luftschutzbestimmungen.⁷² Bestimmte Ämter und Betriebe der Stadt erhielten im Rahmen des „Erweiterten Selbstschutzes“ die Auflage, Nacht für Nacht in den Dienstgebäuden Brandwachen aufzustellen, die bei Luftangriffen kleinere Brände sofort löschen sollten.⁷³ Insgesamt waren 37 Einrichtungen der Stadtverwaltung in dieser Weise klassifiziert und mussten entsprechend gesichert werden. Nur unter unendlichen Mühen ließen sich die Nacht- und später auch Wochenendbereitschaften durchgehend besetzen. Kellner musste alle Männer bis zu 70 Jahren, Lehrlinge, Kindergärtnerinnen, ja sogar die Putzfrauen zum Luftschutzdienst einteilen lassen.⁷⁴ Bereitete der Erweiterte Selbstschutz dem Personalamt schon wegen des Arbeitsausfalls durch den Frei-

⁶⁹ Die Prüfungskommission des Landesarbeitsamts ließ sich schließlich auf sieben statt zwölf Facharbeiter herunterhandeln (wie Anm. 58).

⁷⁰ StdAA P 16/3676, Dr. Fritz Thierbach [Gauorganisationsleiter] an Mayr, 21. 2. 1941; StdAA 42/305, RdSchr. Mayr, 2. 8. 1943.

⁷¹ StdAA 49/141 I (Kriegstagebuch), Eintrag vom 25. 5. 1942.

⁷² Grundlage war das Luftschutzgesetz vom 12. Juni 1935 mit einer Reihe von Durchführungsvorschriften und Erweiterungen. Vgl. die „Richtlinien für die Durchführung des erweiterten Selbstschutzes im Luftschutz“, hg. vom RMLu und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Berlin 1938, sowie als Zusammenfassung der Weisungen an die Augsburger „Gefolgschaft“ StdAA 32/32, RdSchr., Kellner, 7. 12. 1940. Zu den gesetzlichen Rahmenbestimmungen, dem organisatorischen Aufbau und den zahlreichen Einzelfeldern des Luftschutzes liegt die unkritische Darstellung Erich Hampes vor: *Der zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Erfahrungsberichte über Aufbau und Einsatz*, Frankfurt a.M. 1963. Sie beschränkt sich weitgehend auf die Beschreibung der normativen Ebene, fragt kaum nach den konkreten Umsetzungsmöglichkeiten und blendet selbst offenkundige Probleme wie die Zuständigkeitsfragen völlig aus. Für die Zeit bis 1939 hat diese Forschungslücke jetzt Bernd Lemke gefüllt, der allerdings die Verwaltungswirklichkeit kaum thematisiert; Bernd Lemke, *Luftschutz in Großbritannien und Deutschland 1923 bis 1939. Zivile Kriegsvorbereitungen als Ausdruck der staats- und gesellschaftspolitischen Grundlagen von Demokratie und Diktatur*, München 2005.

⁷³ StdAA 32/19, Nowotny an Mayr, 29. 8. 1940.

⁷⁴ StdAA 32/32, Kellner an Schneider, 23. 11. 1942.

zeitausgleich für die Brandwachen Ungemach, so ergaben sich zusätzliche Quereilen, wenn die Stadtverwaltung nicht als einzige solche Dienste einforderte. Ohne Zweifel herrschte im Luftschutzwesen eine ungeheure Organisationswut. Schneider zählte im Oktober 1942 zehn verschiedene Stellen auf, die Einsatzbereitschaften aufstellten.⁷⁵

Keine darunter trat so selbstherrlich auf wie die „Hoheitsträger“ der Partei. Mit größter Selbstverständlichkeit verwendete ein Ortsgruppenleiter einen Vordruck, um die Abstellung städtischer Dienstkräfte zum betrieblichen Luftschutzdienst zu unterbinden, in dem er lapidar mitteilte: „[D]ie Einteilung des ... lehne ich ab.“⁷⁶ Typisch war der Fall eines städtischen Beamten, den sein Ortsgruppenleiter von seiner Einteilung als Brandwache entbinden lassen wollte, weil er ihn als Helfer einer Ausweichauffangstelle vorgesehen hatte.⁷⁷ Beamte, Angestellte und Arbeiter, die auf ihre Dienstpflichten hinwiesen, mussten sich belehren lassen, dass der Parteidienst allen anderen Verpflichtungen vorgehe. Im Grunde genommen trugen Stadtverwaltung und Kreisleitung die konkurrierenden Ansprüche von Staat und Partei aus, denn ebenso wie Kellner auf das Luftschutzgesetz verweisen konnte, beriefen sich die Ortsgruppenleiter auf Anordnungen der Parteikanzlei, dass politische Leiter nur mit Zustimmung des zuständigen Hoheitsträgers zu anderweitigen Verpflichtungen herangezogen werden dürften.⁷⁸ Ohne das Problem grundsätzlich zu lösen, fanden Stadtverwaltung und Parteistellen meistens eine Einzelfalllösung, d. h. entweder die Ortsgruppe benannte einen Vertreter oder der jeweilige Betriebsluftschutzleiter änderte die Einteilung der Brandwachen.

Konnte Kellner noch mit Erfolgsaussichten an Schneiders Einsicht appellieren oder Druck auf ihn ausüben, so verfielen diese Mittel bei den Obersten Reichsbehörden nicht, zu denen seine Mitarbeiter zwangsweise abgestellt wurden. Besonders ärgerlich reagierte Kellner, wenn die Männer, die er widerstrebend freigegeben hatte, an ihren neuen Dienstorten untätig herumsaßen. Dies war der Fall bei Eugen Rindt, der eine Schlüsselrolle bei Aufbau und Organisation des Kriegswirtschaftsreferats gespielt hatte. Am 16. Februar 1942 ging er auf Anforderung Speers für dessen „Baustab Ost“ nach Berlin. Nachdem er eine Weile unbeschäftigt blieb, weil wegen des strengen Frostes keine Bauarbeiten durchgeführt werden konnten, bat er um Urlaub und bekam ohne weiteres mehrere Wochen bewilligt. Kellner, der bis dahin aus innerer Überzeugung alle entbehrlichen Kräfte für den Kriegseinsatz freigemacht hatte, hielt mit seinem Unverständnis nicht hin-

⁷⁵ StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Politischer Lagebericht, 10. 10. 1942. Auch auf diesem Gebiet konnten Führerverfügungen alle geltenden Regeln durchbrechen: Nachdem das renovierte Stadttheater am 8. Oktober 1939 seinen Spielbetrieb wieder aufgenommen hatte, hob Hitler das Verbot auf, aus Luftschutzgründen nicht Karten für alle Plätze auf der Galerie zu verkaufen; BayHStA StK 6683, Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Schwaben [Abdruck], 8. 9. 1939, S. 19.

⁷⁶ Wie Anm. 74.

⁷⁷ StdAA 32/140, OGruL 2 an Mayr, 22. 7. 1942. Ausweichauffangstellen waren Orte, an denen die Menschen nach einem Luftangriff mit Kleidung und Lebensmitteln versorgt werden sollten (s. unten S. 348).

⁷⁸ StdAA 32/32, Eugen Schieder an Seiler, 18. 8. 1942.

term Berg: „Ich konnte ihn nur sehr schwer entbehren, habe mich aber zu seiner Freigabe entschlossen, weil ich der Überzeugung bin, daß beim Osteinsatz nur brauchbare Leute am Platze sind. Sein Entzug blieb für die Arbeit nicht folgenlos, weil der Nachfolger sich erst einarbeiten musste.“⁷⁹ Derartige Beschwerden linderten bestenfalls die ohnmächtige Wut des Personalreferenten für einen Augenblick, an der Praxis der Dienstverpflichtungen änderten sie nicht das Geringste.⁸⁰ Einzig bei Personalaushilfen für Städte, die das Opfer von Luftangriffen geworden waren, konnte sich die Stadtverwaltung in Grenzen verweigern. Kellner bemühte sich jedoch schon aus Sorge, dass Augsburg selbst ja auch einmal auf die Hilfe anderer Städte angewiesen sein könnte, im Notfall wenigstens irgendjemanden freizugeben.⁸¹

Die Stadtverwaltung nutzte ohne jegliche Skrupel die Möglichkeit, in der Regel kaum freiwillig angeworbene ausländische Zivilarbeiter bzw. Zwangsarbeiter⁸² zu beschäftigen, um den Abgang ihrer eigenen Stammarbeiter zum Teil zu kompensieren. Grundsätzlich hatten die Städte nichts gegen den Einsatz von Zwangsarbeitern einzuwenden, viele gingen sogar den DGT oder – zumeist mit mehr Erfolg – den Gauleiter mit der Bitte an, sie in ihren Bemühungen um die Zuweisung von Kriegsgefangenen zu unterstützen.⁸³ Mit Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und schließlich KZ-Häftlingen kam die Stadtverwaltung in zweierlei Weise in Berührung. Erstens nutzte sie selbst deren Arbeitskraft, zweitens und weit umfangreicher sorgte sie im Hintergrund für eine funktionierende Versorgung der Lager und Werkküchen für Ausländer. Es ist außerordentlich schwierig zu bestimmen, wie viele Ausländer bei der Stadt selbst freiwillig oder zwangsweise beschäftigt

⁷⁹ StdAA P 12/3509, Kellner an Wahl [RegPräs], 1. 4. 1942. Vgl. auch sein Schreiben an Wahl vom 25. 2. 1942; ebd.

⁸⁰ Vgl. die vergeblichen Bemühungen der Stadtverwaltung, dienstverpflichtete Beamte und Bautechniker nach Augsburg zurückzuholen, die für das Gauforum gebraucht wurden; s. oben S. 246.

⁸¹ Vgl. StdAA 42/176, Kellner an RMI, 5. 5. 1942, Kellner an Förg, 5. 8. 1943; Kellner an Wahl [RVK], 16. 12. 1943.

⁸² Unter diesen Begriff subsumiert die Forschung generell drei Gruppierungen, nämlich ausländische Zivilarbeiter (ohne Freiwillige), Kriegsgefangene einschließlich italienischer Militärinternierter und Häftlinge aus Konzentrations- oder Arbeitslagern. Grundlegend zum Thema: Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin 1986; darüber hinaus Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart 2001. Die Lokalforschung hat sich in jüngster Zeit dieses Themas verstärkt angenommen, meist ohne die Rolle der Kommunalverwaltung ernsthaft zu diskutieren. Eine Ausnahme ist der Beitrag von Rafael Leissa/Joachim Schröder, *Zwangsarbeit in Düsseldorf. Struktur, Organisation und Alltag im Arbeitseinsatz von Ausländern im nationalsozialistischen Düsseldorf*, in: von Looz-Corswarem (Hg.), *Zwangsarbeit in Düsseldorf*, S. 19–361, hier v.a. S. 72–126, sowie der grundlegende Beitrag von Karola Fings, *Sklassen für die „Heimatfront“*. Kriegsgesellschaft und Konzentrationslager, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 9/1, München 2004, S. 195–271.

⁸³ Karola Fings, „Not kennt kein Gebot“. Kommunalverwaltung und NS-Außenlager, in: *Dachauer Hefte* 15 (1999), S. 66–76, hier S. 69; Dies., *Sklassen*, S. 204; Schlenker, *Vom Personalmangel zur Zwangsarbeit*, S. 203.

wurden, weil Kellner die Akten darüber kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner vernichten ließ.⁸⁴ Erstmals beantragte die Stadt im Oktober 1939, ihr einen Trupp polnischer Arbeiter zuzuweisen, drang damit jedoch ebenso wenig durch wie mit dem Versuch, 230 französische Kriegsgefangene zu erhalten.⁸⁵ Doch bereits im Februar 1940 setzte Stadtförster Amberg zehn Kriegsgefangene bei Wegbauarbeiten im Forstrevier Fuchsmühl ein.⁸⁶ Am ersten Juni 1942 beschäftigte die Stadt 47 Ausländer aus sieben Nationen, im August bereits 85, und am Ende desselben Jahres waren es bereits 115 aus neun Nationen, darunter 46 Russen.⁸⁷ Sie waren dem alltäglichen Rassismus als „bolschewistische Untermenschen“ besonders ausgesetzt. Der Leiter des Fuhrparks zog sie den Franzosen für die Müllabfuhr vor und hätte von ihnen gerne 300–400 zum Schneeräumen eingesetzt, weil sie sich dafür seiner Ansicht nach „aus klimatischen Gründen“ besonders eigneten.⁸⁸

Etwa die Hälfte der bei der Stadt beschäftigten „Fremdarbeiter“ war bei den Stadtwerken beschäftigt.⁸⁹ Als Göring am 31. Mai 1942 anordnete, sowjetische Kriegsgefangene zum Be- und Entladen von Güterzügen einzusetzen, forderte die Stadt zu diesem Zweck gleich 186 Russen an und erhielt 100 zugewiesen. Das notwendige Kriegsgefangenenlager wurde als „neue Kriegsaufgabe“ umstandslos der Straßenverkehrsstelle angegliedert. Die Straßenverkehrsstelle behandelte „die ganze Russenangelegenheit“⁹⁰ schnell, selbstständig und pragmatisch, denn bei einer nach allen Formalitäten korrekten Vorgehensweise wären die dringend benötigten Kriegsgefangenen vermutlich nie in Augsburg angekommen. Entladungsarbeiten verrichteten sowjetische Kriegsgefangene auch in Halle, dessen Stadtverwaltung ebenfalls ein eigenes Lager unterhielt. Zwischen März 1940 und März 1943 stieg die Zahl der dort beschäftigten Kriegsgefangenen von 32 auf 80, die bei der Müllabfuhr, im Schlachthof und als Bühnenarbeiter Verwendung fanden.⁹¹ Sowohl für Halle und Augsburg als auch für andere Städte⁹² bedeuteten die ausländischen Arbeiter eine der wenigen noch eingeschränkt zugänglichen Arbeitskräftereserven. Allerdings mussten die Kommunen der Landwirtschaft und der Rüstungsindustrie den Vorrang lassen, sodass sie weit weniger Zwangsarbeiter zugewiesen bekamen, als sie hätten verwenden können. In gewisser Weise setzte sich so die Verteilungspriorität fort, die die Kommunen bereits auf dem

⁸⁴ StdAA 50/177, Vermerk der Hauptaktenverwaltung, o.D. [28. 4. 1945].

⁸⁵ StdAA 45/951, Sametschek an das Landesarbeitsamt München, 3. 10. 1940.

⁸⁶ StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrats 1940, Sitzung vom 16. 2. 1940, Beilage 2. Das Gut Fuchsmühl lag in der Oberpfalz; die Stadt hatte es als Ausgleich für die Liegenschaftsverluste erworben, die ihr durch den Truppenübungsplatz entstanden waren; Mayr (Hg.), Fünf Jahre Aufbau, Bd. 1, S. 209.

⁸⁷ StdAA 49/141 I (Kriegstagebuch), Einträge vom 1. 6. und 26. 8. 1942; StdAA 49/226, Fuchsloch an Kellner, 14. 12. 1942.

⁸⁸ StdAA 45/952, Hager an Ref. 9, 16. 2. 1942.

⁸⁹ Im August 1942 waren es beispielsweise 44; BA NS 6/416, Kellner an die Parteikanzlei, 3. 9. 1942.

⁹⁰ StdAA 45/952, Zimmermann an Kriegswirtschaftsreferat [Abschrift], 30. 7. 1942; StdAA 42/263, Förg an Personalreferat, 1. 8. 1942.

⁹¹ Vb. Halle 1942, S. 18 u. 144.

⁹² Zahlreiche Beispiele bietet Annette Schäfer, Zwangsarbeit in den Kommunen. „Ausländerinsatz“ in Württemberg 1939–1945, in: VfZ 49 (2001), S. 53–75.

heimischen Arbeitskräftemarkt an den Rand gedrängt hatte. Deshalb hatten die Kommunen mehr mit der Verwaltungsarbeit rund um den „Ausländereinsatz“ zu tun, als sie selbst von der Arbeitsleistung profitierten. Dies galt zumindest solange, bis Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge massenweise eingesetzt wurden, um nach Luftangriffen Leichen zu bergen, Blindgänger zu entschärfen, Schutt wegzuräumen und in SS-Baubrigaden für die Instandsetzung zu schuften.⁹³ Ihren wichtigsten Part spielten die Kommunen daher bis zum Frühjahr 1942 – im Falle der Augsburger Stadtverwaltung sogar bis Februar 1944 – nicht als Nutznießer der Arbeitskraft von Zwangsarbeitern, sondern dadurch, dass sie der örtlichen Wirtschaft die organisatorischen Rahmenbedingungen für die Ausbeutung der Zwangsarbeiter bot.

Ab 1942 griff die deutsche Wirtschaft verstärkt auf Zwangsarbeiter zurück, um die zur Wehrmacht eingerückten Belegschaftsmitglieder zu ersetzen. Zwischen 1939 und 1944 stieg der Anteil der Ausländer und Kriegsgefangenen an den Erwerbstätigen in Deutschland von 0,8 auf 20,9%.⁹⁴ Augsburg nahm als Industriestadt mit seinen Rüstungskonzernen starken Anteil an dieser Entwicklung. Zwischen Mai 1942 und April 1943 stieg die Zahl der in Augsburg eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte von 3141 auf 8022.⁹⁵ Mehr und mehr bündelten sich die Aufgaben rund um Betreuung, Meldewesen und Versorgung der freiwillig oder gezwungenermaßen in deutschen Betrieben arbeitenden Ausländer zu einem eigenen Verwaltungsfeld. Weil den verschiedenen Klassen von „Fremdarbeitern“ unterschiedliche Mengen an Nahrungsmitteln zustanden und zudem noch diverse Zuschläge je nach Schwere der Arbeit berücksichtigt werden mussten, erforderten die Zuteilungen für die Werksküchen komplizierte Berechnungen. Bereits zwei Jahre nach Kriegsbeginn hatte dieses Arbeitsgebiet einen Umfang erreicht, der für Förg eine zentrale Bearbeitung rechtfertigte. Zu diesem Zweck errichtete er im September 1941 eine eigene Ausländerabteilung im Ernährungsamt.⁹⁶ Ein Jahr später verzeichnete die dort geführte Ausländerkartei bereits 5000 Einträge allein für jene ausländischen Arbeitskräfte, die in Werksküchen gepflegt wurden. Die Liste der Arbeitgeber, mit denen die Abteilung korrespondierte, umfasste rund 170 Firmen.⁹⁷ Um mit der wachsenden Arbeitslast Schritt zu halten, differenzierte Herkommer die Abteilung aus und beantragte immer mehr Personal. 1943 wurden drei Angestellte der Ausländerabteilung allein für die Messerschmittwerke in Anspruch genommen, eine Arbeitskraft beschäftigte sich ausschließlich mit der MAN.⁹⁸ Anfang 1944 betreute die Abteilung nicht weniger als 52 Lager, in denen

⁹³ Fings, Sklaven, S. 200–202, 209–243.

⁹⁴ Sachße/Tennstedt, Wohlfahrtsstaat, S. 217; Hans Umbreit, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5.2, S. 1–272, hier S. 211–224; für die Jahre 1939–1941 vgl. ders., Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: ebd., Bd. 5.1, S. 1–345, hier S. 258–264.

⁹⁵ Wolfgang Kucera, Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge in der Augsburger Rüstungsindustrie, Augsburg 1986, S. 29.

⁹⁶ StdAA 42/263, Förg an Kellner, 20. 9. 1941.

⁹⁷ Ebd., Luzie Wagner [Leiterin der Ausländerabteilung] an Herkommer, 18. 9. 1942.

⁹⁸ StdAA Ernährungsamt, Wochenberichte des Ernährungsamtes A und B, Herkommer an Ref. 4, 2. 11. 1943.

etwa 10 000 Kriegsgefangene⁹⁹, KZ-Häftlinge¹⁰⁰, zivile so genannte Ostarbeiter, italienische Militärinternierte usw. untergebracht waren.¹⁰¹ Im Juni 1945 lebten noch über 18 000 Ausländer in den Augsburger Lagern.¹⁰²

Die Zwangsarbeiter mussten nicht nur ernährt, sondern auch untergebracht werden. Die Stadtverwaltung hatte die Initiative ergriffen, an Stelle der im ganzen Stadtgebiet verstreuten firmeneigenen Baracken Sammellager zu errichten und durchlief dafür einen zermürenden Behördenmarathon. Im Februar 1942 befragte das federführende Baureferat 76 Firmen und stadteigene Ämter, wie viele Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter sie beschäftigen wollten.¹⁰³ Daraufhin ergriff die Stadt die nötigen Schritte, um fünf dezentrale Sammellager rund um die Stadt mit einer Aufnahmekapazität von insgesamt 10 000 Personen zu errichten. Mayr musste nicht weniger als 22 Dienststellen vom Landrat bis zur Gestapo beteiligen, deren Einverständnis zeitraubende Verhandlungen vorausgingen, bevor er die benötigten Baracken aufstellen lassen konnte.¹⁰⁴ Obwohl die Stadt also einen zum Teil geradezu grotesk anmutenden Behördenhindernislauf in Kauf nehmen musste, übernahm sie diese zusätzliche Aufgabe, anstatt dies den Firmen zu überlassen, die die Zwangsarbeiter ausbeuteten. Dafür sprachen sowohl pragmatische als auch ideologische Gründe.¹⁰⁵ Auf der einen Seite versprach eine Zusammenfassung der Lager bessere Kontrollmöglichkeiten, vereinfachte die

⁹⁹ Am 25. Februar 1944 existierten im Augsburger Stadtgebiet 39 Arbeitskommandos mit insgesamt 2213 Kriegsgefangenen; StAA Regierung von Schwaben 17422, Aufstellung der Arbeitskommandos im Stammlagerbereich VII B Memmingen, 25. 2. 1944.

¹⁰⁰ Deren Bedeutung für die Kommunen betont Fings, Sklaven, S. 269. Die Messerschmittwerke hatten 1943 eines ihrer Lager in Haunstetten zu einem Außenlager des KZ Dachau ausgebaut; vgl. StdAA 45/953, Himmelreich [Messerschmitt AG] an Mayr, 5. 5. 1943. Im Juli 1943 arbeiteten 2299 Häftlinge im Augsburger Werk, bis Februar 1945 stieg diese Zahl kontinuierlich bis 6902 an; Budraß, Flugzeugindustrie, S. 798. Nach dem Luftangriff im Februar 1944 setzte die Stadt kurzfristig KZ-Häftlinge ein, um Bombentrichter aufzufüllen, Schutt zu beseitigen und Straßenbahnmasten zu setzen; StdAA 32/147, Mayr an Wahl [RVK], 20. 4. 1944. Zu den Augsburger Außenlagern vgl. Gernot Römer, Für die Vergessenen. KZ-Außenlager in Schwaben – Schwaben in Konzentrationslagern. Berichte, Dokumente, Zahlen und Bilder, Augsburg 1984, S. 56–91; Wolfgang Kucera, Fremdarbeiter und KZ-Häftlinge, S. 71–107.

¹⁰¹ StdAA 49/189, Herkommer an Kellner, 8. 1. 1944. Die entsprechende Stuttgarter Abteilung war sogar für 30 000 Ausländer zuständig; Vb. Stuttgart 1943, S. 3.

¹⁰² StAA Regierung von Schwaben 17442, Auszug aus dem Monatsbericht des Oberbürgermeisters der Stadt Augsburg vom 25. 6. 1945.

¹⁰³ StdAA 45/951, Schreiben Sametschek, 11. 2. 1942. Die städtischen Ämter, die der Adressenliste zufolge regelmäßig ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene beschäftigten, waren die Stadtwerke, der Fuhrpark mit Straßenreinigung, das Gartenbauamt und das Straßen- und Flussbauamt.

¹⁰⁴ Diese Zahl meldete Mayr zumindest an die Regierung; BA R 1501/6001, Kreißelmeyer an Wahl [RegPräs], 11. 8. 1942. Dabei hatte er zwar übertrieben – von den genannten Dienststellen gehörten sieben zur Stadtverwaltung – unzweifelhaft zogen jedoch auch die 15 verbleibenden Ämter, allen voran der Polizeipräsident als örtlicher Luftschutzleiter, das Genehmigungsverfahren außerordentlich in die Länge; vgl. StdAA 45/952, Bericht Sametschek, 26. 3. 1942.

¹⁰⁵ Dieses Nebeneinander hebt Schäfer, Zwangsarbeit, S. 70–72, als generelles Kennzeichen hervor.

Erfüllung der Luftschutzaufgaben – jede Baracke war ein „Fackelobjekt“, ihr Standort musste daher vom örtlichen Luftschutzleiter genehmigt werden – und verringerte die Verwaltungsarbeit etwa bei der Verpflegungsabrechnung im Ernährungsamt. Auf der anderen Seite wollte die Stadtverwaltung den Kontakt der Bevölkerung mit den Zwangsarbeitern nach Möglichkeit unterbinden. Welche Motive den Ausschlag gaben, ist für den Effekt irrelevant, und den hatten Mayr und Kellner bei allen ihren Entscheidungen vor Augen. Dies gilt nicht nur im Hinblick darauf, dass die Rüstungsfirmen keine „Fremdarbeiter“ zugewiesen bekamen, wenn sie keine Unterbringungsmöglichkeit vorweisen konnten, die den zahlreichen Auflagen entsprachen. Das Engagement und die Initiative der Stadt beleuchten symptomatisch das Rollenverständnis der Stadtverwaltung im NS-Staat. Einmal mehr legte sie sich ins Zeug, um ein systemspezifisches Problem der NS-Herrschaft für alle Seiten zufrieden stellend zu lösen.

Doch es gab auch Probleme ganz anderer Art. Gegen einen Bezirkswachtmeister der Feuerschutzpolizei leitete Kellner das förmliche Dienststrafverfahren ein, weil er mit einer bei der Stadt beschäftigten Polin intime Beziehungen unterhielt.¹⁰⁶ Während deutsche Männer wegen eines so genannten „GV[Geschlechtsverkehr]-Verbrechens“ noch mit Nachsicht rechnen konnten, wurden Frauen und insbesondere die ausländischen Arbeiter weitaus härter bestraft.¹⁰⁷ Durch drakonische Strafen allein kamen die Behörden mit diesem weit verbreiteten „Delikt“ kaum zurande.¹⁰⁸ Nicht zuletzt um derartige Fälle von „Rassenschande“ zu unterbinden, traf die Stadtverwaltung daher auch auf diesem heiklen Feld Vorsorge, wo andere Städte trotz des Drängens des Reichssicherheitshauptamts mehr Zurückhaltung übten.¹⁰⁹ Am 21. Juni 1943 wurde ein genormtes (!) Bordell für Ausländer eröffnet, „in welchem 8 Französinen und 1 Polin zur Verfügung stehen.“¹¹⁰ Bereits seit Herbst 1941 hatte Förg mit den Ratsherren Einzelheiten wie die Auswahl des Platzes für die Baracken und die Finanzierung erörtert.¹¹¹

Der Einsatz von Zwangsarbeitern verursachte der Stadtverwaltung mehr Probleme, als er die Ausfälle infolge der Einberufungen kompensierte. Auf jede nur denkbare Weise bemühte sich das Personalamt, die Lücken zu schließen. Vor allem zu den Stoßzeiten, wenn Lebensmittelkarten oder ähnliche massenhaft ausgegebene Bezugsscheine verteilt oder entsprechende Listen geschrieben werden mussten, kam die Stadtverwaltung mit den eigenen Leuten nicht mehr aus. Das Ernährungsamt pflegte dann vom Personalamt 100 bis 120 Hilfskräfte für drei Tage anzufordern. Ebenso verfuhr das Wirtschaftsamt, um beispielsweise die

¹⁰⁶ StdAA 141 I (Kriegstagebuch), Eintrag vom 18. 3. 1941.

¹⁰⁷ Herbert, *Fremdarbeiter*, S. 127 f.; Spoerer, *Zwangsarbeit*, S. 201 f.

¹⁰⁸ Häusler, *Ausländereinsatz*, S. 397 u. 404.

¹⁰⁹ Schäfer, *Zwangsarbeit*, S. 73–75. Fiehler verweigerte sich schlichtweg mit dem Argument, es handle sich um eine Polizeiaufgabe; die Münchener Stadtkasse musste jedoch die Grundstücke für die Bordellbaracken kostenlos zur Verfügung stellen; Häusler, *Ausländereinsatz*, S. 214–219.

¹¹⁰ StdAA 49/226, Bobinger an Mayr, 22. 12. 1943.

¹¹¹ StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates 1941, Sitzungen vom 8. 10. und 12. 12. 1941.

Ausgabe der Reichskleider- oder der Reichsseifenkarte vorzubereiten.¹¹² Um diese Engpässe zu überstehen, griff die Stadtverwaltung auf die Ehefrauen ihrer Beamten zurück. 130 von ihnen hatten sich zu Beginn des Krieges gemeldet und halfen in den Kriegswirtschaftsstellen Monat für Monat aus.¹¹³ Die Stadtverwaltung warb durch Aufrufe und Plakate in den Außenstellen gezielt um die freiwillige Mitarbeit der Ehefrauen.¹¹⁴ „Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß viele Arbeiten nicht so reibungslos erledigt worden wären, wenn ich die freiwilligen Hilfskräfte nicht zur Verfügung gehabt hätte“, lobte ein Sachbearbeiter im Personalamt diesen „vaterländischen Einsatz“.¹¹⁵ Auf ähnliche Weise mobilisierte Oberbürgermeister Dr. Johannes Weidemann in Halle personelle Ressourcen für die Kriegsverwaltung.¹¹⁶ Als die Reichskleiderkarte eingeführt wurde, stellte der Augsburger Einzelhandel Personal aus seinen Betrieben zur Verfügung, um die Ausgabe zu erleichtern.¹¹⁷ In ähnlicher Weise halfen Lehrer, Schüler (etwa während der durch Mangel an Heizmaterial erzwungenen „Kohleferien“¹¹⁸) sowie diverse Parteiformationen immer wieder aus. Als im Winter 1939/40 außerordentlich viel Schnee fiel, tat sich beispielsweise die HJ mit 160 Helfern besonders fleißig hervor.¹¹⁹ Derartige Formen der Zusammenarbeit intensivierten sich nach Kriegsbeginn in ganz Deutschland beträchtlich. Vor allem in kleineren Städten und Gemeinden schalteten sich die Blockwarte beispielsweise in die Verteilung der Lebensmittelkarten ein.¹²⁰ Egal ob sich politische Leiter, NSV, BDM oder eine

¹¹² StdAA 49/141 I (Kriegstagebuch), Einträge vom 23. 5. 1941, 17. 10. 1941, 7. 11. 1941 und 5. 12. 1941.

¹¹³ StdAA 42/264, Kellner an das Arbeitsamt Augsburg, 1. 3. 1942.

¹¹⁴ Ebd., Eintrag vom 27. 2. 1942; StdAA 42/263, Rdschr. Kellner, 17. 1. 1942. Das Wirtschaftsamt hätte gerne den Lebensmittelkarten einen Werbezettel in einer Auflage von 120 000 Stück beigelegt, doch dieser Plan scheiterte an der Papierknappheit; StdAA 42/263, Herkommer an Rindt, 22. 1. 1942.

¹¹⁵ StdAA 49/189, Robert Will [Sachbearbeiter im Personalamt] an Kellner, 4. 2. 1943.

¹¹⁶ Seinem in der Tagespresse veröffentlichten Aufruf an die Bevölkerung, sich ehrenamtlich zur Verfügung zu stellen, folgten über 300 Männer und Frauen; Vb. Halle 1939, S. 33. Davon waren Ende 1942 noch fast 65% im Dienst, d. h. das Wirtschafts- und Ernährungsamt Halle hatte einen Stamm gut eingearbeiteter und motivierter Kräfte aufgebaut, ohne die eigenen personellen Ressourcen dafür heranzuziehen; Vb. Halle 1942, S. 32. Für periodisch anfallende Mehrarbeit wie z. B. die Ausgabe von Lebensmittelkarten zog Halle außerdem wie Augsburg Parteiformationen und die Ehefrauen der Beamten und Angestellten heran; Vb. Halle 1939, S. 34; Vb. Halle 1940, S. 33.

¹¹⁷ StdAA 42/263, Dorn an das Polizeipräsidium Augsburg, Kommando der Schutzpolizei, 25. 11. 1939.

¹¹⁸ Die 54 Schülerinnen bekamen zum Dank für ihre Arbeit im Wirtschaftsamt nicht die übliche Entlohnung von 4 RM für Taggeldangestellte, sondern ein Buch über die Geschichte Augsburgs; StdAA 42/263, Fuchslotz an Kellner, 19. 2. 1942. Vgl. zum Einsatz von Lehrern und Schülern auch StdAA 49/141 I (Kriegstagebuch), Eintrag vom 25. 11. 1942; StdAA 42/264, Verzeichnis der zum Kriegsdienst eingesetzten Lehrkräfte und Schülerinnen in der Zeit vom 14.–23. 12. 1942 bei der Außenstelle Lechhausen.

¹¹⁹ StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates 1939, Sitzung vom 20. 12. 1939.

¹²⁰ Schmichen-Ackermann, Blockwart, S. 595. In Frankfurt a.M. musste die Stadtverwaltung dagegen hunderte zusätzliche Dienstkräfte einsetzen, als die auch in Augsburg übliche Abholung der Lebensmittelbezugsscheine durch die Hausbesitzer zugunsten eines Zustellsystems untersagt wurde; BA R 36/2611, Krebs an DGT, 11. 7. 1939.

andere Formation beteiligten, meist machten die Gemeinden damit gute Erfahrungen.¹²¹

Ohne eine ungeheure Arbeitsleistung der verbliebenen Dienstkräfte hätte die Stadtverwaltung den Spagat zwischen Mehrarbeit und der Abgabe ihrer leistungsfähigen Mitarbeiter nicht bewältigen können. Kellner forderte von der gesamten „Gefolgschaft“, enorme Beanspruchung und unbezahlte Überstunden als eine Selbstverständlichkeit in Kriegszeiten anzusehen: „Praktisch ist heute jeder verpflichtet, anzupacken, wo es etwas anzupacken gibt.“¹²² Vor allem das noch vorhandene Stammpersonal, das nunmehr verstärkt in verantwortliche Positionen aufrückte, arbeitete oft bis an die Grenzen der Erschöpfung. Rosa Mayr, Abteilungsleiterin im Ernährungsamt, bewältigte ein ungeheures Pensum. Sie führte die Abteilung „Reisemarken für Betriebe und Wehrmachtsangehörige“, bearbeitete die Personalangelegenheiten für 226 Aushilfsangestellte, erledigte die Beschwerden in Ernährungsfragen und beaufsichtigte praktisch auch die Abrechnungsstelle, für die sie fast sämtliche Kontroll- und Buchhaltungsblätter entworfen hatte. Daneben führte sie die Aufsicht über die Arbeiten der Abteilung Bevölkerungs- und Steuerstatistik, „was nur möglich ist, weil von ihr täglich bis 9 und 10 Uhr abends gearbeitet wird und sie auch jeden Sonntag ihre freie Zeit opfert.“¹²³ Ebenso fleißig war der Leiter der Ausländerabteilung im Kriegsschadenamt, Franz Krucky. An Wochenenden und an Feiertagen, noch lange nach Dienstschluss und außerhalb der Öffnungszeiten nahm er die Anträge der bombengeschädigten Bevölkerung entgegen. Falls nötig, füllte er die Anträge sogar selbst aus. Um sich mit den ausländischen Ratsuchenden besser verständigen zu können, perfektionierte er sein Französisch und lernte noch einige Brocken Italienisch dazu.¹²⁴

Auch außerhalb der Kriegswirtschaftsstellen forderten die Einberufungen ihren Tribut. Dass die Friedensdienststellen ihre Aufgaben dennoch erfüllten, lag am Einsatz der dort beschäftigten Beamten und Angestellten. Ein Beispiel dafür ist die Stadthauptkasse, der Knotenpunkt aller Zahlungsvorgänge der Stadt, wie das Lob des Stadtkämmerers Ott illustriert: „Stadthauptkassendirektor Dobel setzt sich für die Arbeiten seines Geschäftsbereiches bis an die äußersten Grenzen seiner körperlichen und geistigen Kräfte ein. Dieser aufopfernden und vorbildlichen Arbeitsleistung ist es nicht zuletzt zu verdanken, daß die durch den Krieg bedingten Personalverhältnisse in der Stadthauptkasse nicht schon zu ernsteren Schwierigkeiten geführt haben.“¹²⁵

Solche Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen. Regelmäßige Überstunden und freiwillige Zusatzarbeit waren in den kommunalen Amtsstuben ganz Deutschlands die Regel.¹²⁶ Vor allem diesem Engagement in der Breite und erst in zweiter

¹²¹ BA R 36/2675, DGT an den Oberbürgermeister von Krakau, 21. 10. 1943.

¹²² StdAA 42/309, RdSchr. Kellner, 28. 5. 1941.

¹²³ StdAA P 13/5041, Herkommen an Personalreferat, 4. 11. 1939.

¹²⁴ StAA Ska Augsburg-Stadt I u. III, K-998, Eidesstattliche Erklärung Annemarie Almus, 17. 2. 1947.

¹²⁵ StdAA P 17/428 I, Ott an Personalreferat, 4. 3. 1940.

¹²⁶ Vgl. etwa Vb. Stuttgart 1941, S. 7; Vb. Halle 1942, S. 32.

Linie dem Fanatismus der Führung verdankte die Augsburger Bevölkerung, dass ihre Lebensmittelmarken pünktlich ausgeteilt und abgerechnet wurden, dass die Müllabfuhr funktionierte und die Stadtverwaltung nicht im Chaos versank. Allerdings kannte die Belastbarkeit der „Gefolgschaft“ auch ihre Grenzen. 1942 musste das Personalreferat eine Arbeitszeiterhöhung auf 56 Wochenstunden für Beamte und Angestellte zurücknehmen, weil die Kritik daran nicht abriß.¹²⁷ Erst 1944 machte die Stadt ihren Verwaltungsangehörigen ausnahmsweise Sonntagsarbeit zur Pflicht.¹²⁸ Eine Arbeitszeiterhöhung auf 60 Wochenstunden, die Wahl in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar im August 1944 anordnete, dürfte angesichts der zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich gesunkenen Arbeitsmoral innerhalb der Stadtverwaltung kaum durchsetzbar gewesen sein.¹²⁹

Regelmäßig hoben Bürgermeister und Oberbürgermeister die aufopferungsvolle Arbeitsleistung ihrer Untergebenen unter zunehmend schwierigen Bedingungen lobend hervor. Kellner bedankte sich im Jahresschlussappell 1941 für „ein reiches Maß an Überarbeit“ und nannte insbesondere die Frauen der Kriegswirtschaftsstellen.¹³⁰ Mayr zollte seinen Mitarbeitern ebenfalls Lob und Anerkennung: „Wenn ich heute auf das zu Ende gehende Jahr zurückschaue, so freue ich mich, feststellen zu können, dass überall in unserer Verwaltung mit der erforderlichen Hingabe gearbeitet worden ist. [...] Seit der Zeit meiner Amtsübernahme habe ich hier Verhältnisse kennen gelernt, die nur mit Aufbietung der letzten Kräfte in gemeinsamer hingebungsvoller Arbeit gemeistert werden konnten.“¹³¹

„Vereinfachung der Verwaltung“

Zweifellos arbeiteten insbesondere die Kriegswirtschaftsstellen enorm viel und erstaunlich professionell. Sie taten dies auf Kosten der übrigen Ämter, sofern diese nicht als ebenso kriegswichtig eingestuft wurden. Unter dem Stichwort „Vereinfachung der Verwaltung“ zog die Stadtverwaltung überall die unumgängliche Konsequenz aus dem enormen Personalentzug, indem sie die Tätigkeit der Friedensdienststellen drastisch einschränkte. Der Anstoß zu einer weitgehenden Revision kam von ganz oben. Am 28. August 1939 erschien der „Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Vereinfachung der Verwaltung“ aus der Feder von Staatssekretär Stuckart, der sehr unterschiedliche Zwecke verfolgte. Dem RMI ging es darum, einige Inhalte der gescheiterten Kreisreform auf diesem Wege doch

¹²⁷ StdAA 49/226, Fuchsloch an Kellner, 14. 12. 1942. Ein Beispiel für die Kritik findet sich in StdAA 42/305, Auszug aus dem Kriegstagebuch der Straßenverkehrsstelle Augsburg, 29. 10. 1942. Bereits zuvor hatte es Missstimmung wegen der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit ohne Mittagspause gegeben, die Mayr jedoch durchdrückte; StdAA 49/70, Protokoll der Besprechung mit den Referenten und Bürovorständen vom 25. 10. 1940.

¹²⁸ StdAA 49/231, RdSchr. Kellner, 9. 6. 1944.

¹²⁹ StdAA 50/191, RdSchr. Kellner, 25. 8. 1944. Wahl setzte damit eine Anordnung Goebbels als Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz um; ebd., Schnellbrief RMI, 23. 8. 1944. Zum Nachlassen der Arbeitsmoral vgl. unten S. 370.

¹³⁰ StdAA 49/226, Ansprache des Bürgermeisters Kellner anlässlich des Gefolgschaftsappells am 31. 12. 1941, S. 3.

¹³¹ Ebd., Ansprache des Oberbürgermeisters zum Jahresschlussappell 1943, S. 8.

noch durchzuboxen. Personaleinsparungen spielten demgegenüber offenbar eine geringere Rolle.¹³² Der Erlass unterstellte die Kommunen der direkten Weisungsbefugnis ihrer aufsichtsführenden Dienststellen. Damit war nach der juristischen Seite hin die Selbstständigkeit der Gemeinden vernichtet. Tatsächlich verschärfte sich die Kommunalaufsicht jedoch nicht, sondern lockerte sich sogar.¹³³ Zum einen forderte das RMI nämlich im gleichen Atemzug, den Verwaltungsvollzug so weit wie nur möglich nach unten zu verlagern, zum anderen war die Regierung von Schwaben selbst vom einschneidenden Personalschwund betroffen. Die Zugriffsmöglichkeiten der Staatsaufsicht schufen zwar eine bis dahin noch nicht gekannte Handhabe, die Gemeinden am Gängelband zu führen, praktisch hatten die Behörden in der Mittelinstanz jedoch weder ein Interesse noch die Zeit, den Gemeinden stärker als bisher vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen hatten. In Schwaben griff die Regierung nur selten und in dringenden Fällen zu dem rigorosen Mittel, wie der verantwortliche Referent berichtete.¹³⁴ Sein Kollege musste gestehen, dass ihm sogar für die kriegswichtige Aufgabe zu wenig Zeit blieb, die FU-Sachbearbeiter der Stadt- und Landkreise mit der nötigen Aufmerksamkeit zu beraten und zu überwachen.¹³⁵

Wegen der politischen Schwäche Fricks und der „natürlichen Trägheit der Behördenapparaturen“ erzielte der erste Anlauf zur Verwaltungsvereinfachung nur einen „geringen Rationalisierungseffekt“¹³⁶. Mochte diese Einschätzung aus Sicht der Wehrmacht oder des von notorischem Misstrauen gegen die innere Verwaltung getriebenen Hitler zutreffen, in der Perspektive der Kommunalverwaltung fiel die Bilanz anders aus. Kellner forderte seine Referenten sowie jene Amtsleiter, deren Geschäftsbereiche von den im Erlass aufgelisteten Vorschlägen berührt wurden, dazu auf, von selbst die Vereinfachungsmaßnahmen umzusetzen und ihm weitere Vorschläge zu unterbreiten. Daraufhin zerbrach sich nicht allein der zweite Bürgermeister über Rationalisierungen den Kopf, sondern die gesamte Führungsebene. Entsprechend umfassend und vielfältig waren die Resultate. Die Gewerbeinspektion wurde beinahe gänzlich eingestellt; ihr Leiter arbeitete als rechte Hand Dorns im Wirtschaftsamt. Auch administrative Neuerungen der Nationalsozialisten wie die Ahnenpässe und sogar die Erbkartei blieben nicht verschont. Seufert betonte, dass jedes ihm unterstehende Amt von sich aus seine Geschäftsaufgaben so weit eingeschränkt habe, wie es nur vom volks- und kriegswirtschaftlichen Standpunkt aus vertretbar sei.¹³⁷ Die Stadthauptkasse ging pragmatisch vor und erstellte Statistiken nur dann, wenn nach den Buchungs- und Kassengeschäften noch Kapazitäten vorhanden waren.¹³⁸ Die wichtigsten Museen

¹³² Rebentisch, Führerstaat, S. 149 f.

¹³³ Brinkhus, Auftragsverwaltung, S. 218.

¹³⁴ BA R 1501/6001, Eder an Wahl [RegPräs], 12. 8. 1942. Explizit freute sich Eder über eine Abkürzung der Verfahren nach § 109 DGO, also nicht über eine Ausweitung, sondern lediglich Beschleunigung, wo die Aufsichtsbehörde bereits zuvor das Recht besaß, in bestimmten Fällen Entscheidungen eines Oberbürgermeisters rückgängig zu machen.

¹³⁵ Ebd., Starrlager an Wahl [RegPräs], o.D.

¹³⁶ Rebentisch, Führerstaat, S. 463.

¹³⁷ StdAA 42/307, Seufert an Kellner, 22. 9. 1939.

¹³⁸ Ebd., Ott an Kellner, 20. 9. 1939.

und das Archiv schlossen ihre Pforten, das Fremdenverkehrsamt war nur noch von einem Auskunft erteilenden Telefondienst besetzt, die Eingemeindungsverhandlungen wurden eingestellt – an fast jeder Stelle wurde gespart. Lediglich das Finanz- und das Forstreferat erstatteten Fehlanzeige.¹³⁹

Wie es in den meisten Ämtern zuing, veranschaulicht der Bericht des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes Johann Leykam. Er musste fünf von zehn Mitarbeitern abgeben. Aus diesem Grund halbierte er die Stichproben auf 5% aller Rechnungen. Förmliche Mängel wurden fortan in der Regel nicht mehr moniert, die Belege von den Prüfungen weitgehend ausgenommen. Gab es etwas zu beanstanden, erhob das Amt nur äußerstenfalls eine „Prüfungserinnerung“. Aus Personalmangel hatte Leykam bereits vor dem Krieg nicht immer und bei jeder Kasse die gesetzlich vorgeschriebenen unangekündigten Überprüfungen vornehmen können; nunmehr wurden die kleineren Kassen ganz ausgenommen. Die frei werdenden Kapazitäten kamen ganz den Kriegsaufgaben zugute, denn selbstverständlich mussten auch die umfangreichen Zahlungsvorgänge etwa der Familienunterstützung ordnungsgemäß und regelmäßig geprüft werden. Kurz, das Rechnungsprüfungsamt musste mit der Hälfte seiner Leute mehr Arbeit denn je bewältigen. Die Folgen analysierte Leykam klar und nüchtern: „Die Genauigkeit, die Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit in der Kassen- und Rechnungsführung wird überall nachlassen, die heute besonders schwierigen und zahlreichen Vorschriften werden keine oder nur ungenügende Beachtung finden.“¹⁴⁰

Ähnliches hätte jeder Leiter einer Friedensdienststelle schildern und prognostizieren können. Erstaunlicherweise erfüllte die Stadtverwaltung auch unter den widrigen Kriegsumständen die meisten ihrer Friedenspflichten, wenn auch nicht so schnell. Fast täglich mahnte die Aufsichtsbehörde einen Erledigungstermin an.¹⁴¹ Der ersten Welle von Vereinfachungsmaßnahmen folgte im Abstand von etwas mehr als einem halben Jahr die nächste. Bei dieser Gelegenheit blitzte hinter so manchem Vereinfachungsvorschlag Kritik an der polykratischen Zerfaserung der Verwaltung auf. Der Leiter des Schlachthofs beschwerte sich über die Unzahl von Statistiken, die er an diverse Stellen abgeben musste, und regte an, doch an dieser Stelle Personal einzusparen.¹⁴² Dies war denn auch die treibende Kraft aller weiteren Beschränkungen. Bereits im Frühjahr 1941 musste Kellner sein Führungspersonal erneut auffordern, ihren Geschäftsbereich mit dem „strengste[n] Maßstab“ zu durchsieben, um weiteres Personal für die Wehrmacht freizumachen.¹⁴³

Nachdem der Chef des OKW, General Wilhelm Keitel, Ende 1941 eine halbe Million Mann über die fälligen Einberufungen hinaus verlangt hatte, kam kurz darauf ein zweiter Erlass über die Vereinfachung der Verwaltung heraus. Der

¹³⁹ Ebd., Antwortschreiben von Sametschek (19. 9. 1939), Förg (9. 9. 1939), Könitzer (20. 9. 1939), Amberg (23. 9. 1939), Kleindinst, Lethmair und Seufert (jeweils 25. 9. 1939) sowie Hüper (26. 9. 1939).

¹⁴⁰ Ebd., Leykam an Kellner, 14. 9. 1939.

¹⁴¹ StdAA 42/304, RdSchr. Kellner, 16. 12. 1939.

¹⁴² Vgl. die Zusammenfassung aller der Tendenz nach ähnlichen Vorschläge; ebd., Förg an Wahl [RegSchw], 8. 7. 1940.

¹⁴³ StdAA 42/305, RdSchr. Kellner [Abdruck], 13. 5. 1941.

Form und dem Inhalt nach war er eine schallende Ohrfeige für Frick und markierte dessen dramatischen Autoritätsverlust.¹⁴⁴ Am 18. Februar 1942 erreichte der unveröffentlichte Erlass vom 25. Januar die Stadtverwaltung. Inhaltlich brachte er nichts Neues: Alle nur irgendwie entbehrlichen Kräfte mussten an die Wehrmacht abgegeben werden, die Verwaltung hatte sich mit älteren Männern und Frauen zu begnügen, absoluten Vorrang genossen die kriegswichtigen Aufgaben. Im Gegenzug sollten die während des Krieges nicht unbedingt nötigen Arbeiten eingestellt, die nötigen Aufgaben vereinfacht und die weniger wichtigen Aufgaben zurückgestellt werden.¹⁴⁵ Diese Forderungen betrafen jedoch eine bereits personell ausgedünnte Behörde, deren Ämter bereits mehrfach ihren Dienstvollzug gestraft hatten. Das Wohlfahrtsamt legte Abteilungen der Wohlfahrtsbezirksstellen zusammen.¹⁴⁶ Insgesamt kam von den Ämtern und Referaten nur noch spärliche Resonanz. Symptomatisch war die Antwort des Standesamts. Eine weitere Einschränkung der Tätigkeit sei nur möglich, wenn Reichsgesetze geändert bzw. nicht beachtet werden würden.¹⁴⁷ Sametscheks Vorschlag, zwei Erlasse des Reichskommissars für die Preisbildung nicht zu vollziehen, weil sie das gesamte noch verbliebene Personal des Vermessungs- und Liegenschaftsamts binden würden, zielte in dieselbe Richtung.¹⁴⁸ Die Kommunalbeamten nahmen die euphemistische Verklausulierung der Zwangsverschlangung beim Wort und gingen nun dazu über, tatsächliche Vereinfachungen in der polykratisch überwucherten Verwaltung einzufordern.

Die Kritik floss in einem Bericht an die Regierung zusammen, den Förg für Mayr redigierte. Erstmals verschaffte sich die Stadtverwaltung ein Ventil, um punktuell bereits häufig beklagte Missstände grundsätzlich anzuprangern. Die Liste der Monita mit entsprechenden Beispielen war lang: Nicht selten ergingen von verschiedenen Ministerien und Obersten Reichsstellen in ein und derselben Sache einander widersprechende Anweisungen, die erst nach zeitraubenden Rückfragen vollzogen werden konnten. Ein „Musterbeispiel“ seien die Bestimmungen über das „Eiserne Sparen“.¹⁴⁹ Mit unverhohlenem Ärger schilderte Förg anschließend die Prozedur, die bis zur Aufstellung von Baracken für die Zwangsarbeiter durchlaufen werden musste, und die bis dahin noch nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hatte.¹⁵⁰ Die anschließende Klage beanspruchte über den konkreten Fall hinaus Relevanz: Es könne für die untere Verwaltungsbehörde

¹⁴⁴ Rebutisch, *Führerstaat*, S. 463–467. Zum Niedergang des Innenministers vgl. Neliba, Frick, S. 303–353.

¹⁴⁵ Der Erlass ist abgedruckt bei Moll (Bearb.), „Führer-Erlasse“ 1939–1945, S. 231–233.

¹⁴⁶ StdAA 36/12, Vierteljahresbericht des Städtischen Wohlfahrtsamts Augsburg, 1. 1. 1942–31. 3. 1942; Vierteljahresbericht des Städtischen Wohlfahrtsamts Augsburg, 1. 4. 1942–30. 6. 1942.

¹⁴⁷ StdAA 42/307, Albert Wagner an Kellner, Wagner an Ref. 4, 10. 3. 1942. Genauso argumentierte der Verwaltungschef der Krankenanstalten; ebd., Georg Vierbacher an Ref. 4, 18.3.194.

¹⁴⁸ Ebd., Sametschek an Kellner, 16. 3. 1942.

¹⁴⁹ Ebd., Förg an Wahl [RegPräs], 10. 4. 1942. Beim „Eisernen Sparen“ handelte es sich um ein Bündel von Sparanreizen, die der Lohnabteilung erhebliche Berechnungen verursachten und der indirekten Kriegsfinanzierung dienten.

¹⁵⁰ S. oben S. 295.

und deren Leiter nichts Bedrückenderes geben, als von der vorgesetzten Behörde bestimmte Pflichten auferlegt zu bekommen, dann aber erfahren zu müssen, dass alle Bemühungen durch die Stellungnahmen anderer Oberbehörden schließlich zum Erliegen kämen, im Ernstfall die Verantwortung aber doch an ihm haften bleibe. Das andere, fuhr Förg fort, sei „das Bewusstsein, wieder einmal viel Arbeit, Zeit und unter Umständen auch Kosten vergeblich aufgewandt zu haben.“

Einmal in Fahrt, strömte lang aufgestauter Ärger weiter. Am Beispiel der Anbringung von Rot-Kreuz-Zeichen an Krankenhäusern, der Aufstellung der Luftschutzwachen nach Stärke und der Tarnvorschriften für Glasdächer prangerte Förg die laufenden Änderungen in den Vorschriften der Oberbehörden an und rügte, dass „manchmal das, was gestern gut und notwendig war, heute verworfen und morgen wieder durch anderes ersetzt wird. [...] Die unteren Verwaltungsbehörden mit ihrem bis zum äussersten reduzierten Personal bekommen es am merklichsten zu spüren, wenn die Spitzenbehörden auf eigene Faust drauflos verordnen.“ Kaum ein Gebiet blieb ausgespart. Lohnabzug und -berechnung, Krankenversicherungswesen, baupolizeiliches Genehmigungsverfahren, der Papierkrieg zur Anforderung von Rohstoffen und weiteren kontingentierten Materialien – überall legte Förg den Finger auf die Wunde. Er kritisierte die Vorabveröffentlichung von Bewirtschaftungsvorschriften und Fehlinformationen in der Presse, für die seine Dienststellen den Kopf hinhalten mussten. Er ging hart mit den engen Besoldungsvorschriften ins Gericht und versuchte, eine größere Bewegungsfreiheit im Personalwesen mit dem Argument der Verwaltungsvereinfachung durchzudrücken.¹⁵¹

Ungeachtet der scharfen, zum Teil in sarkastischem Tonfall vorgetragenen Kritik nahm die Stadtverwaltung eine Anregung auf, die das RMI in seinem Begleitschreiben gegeben hatte. Es handelte sich um ein Formblatt, das zum Abschmettern jeglicher Eingaben an die Verwaltung genutzt werden konnte.¹⁵² In verbindlichem Tonfall wies es höflich und bedauernd darauf hin, dass ein Anliegen wegen der Konzentration auf die kriegswichtigen Verwaltungsbelange nicht weiterverfolgt werden könne. Kellner ließ ein Muster an jede Dienststelle verteilen und bestellte für die gesamte Stadtverwaltung 1000 Stück (siehe Abb. 13).¹⁵³

Der 13seitige Rundumschlag vom 12. April 1942 diente wohl nicht zuletzt dazu, dass sich die Stadt einmal Luft machte. Vor allem Kellner dürfte es aus der Seele gesprochen haben, wenn Förg schrieb, „daß alle von reichswegen ergehenden Er-

¹⁵¹ Augsburg hatte keinen ordentlichen Stellenplan. Der große Prüfungsbericht des Bayerischen Prüfungsverbandes (vgl. oben S. 97 Anm. 25) hatte dies scharf gerügt und darüber hinaus festgestellt, dass die Stadt zu großzügig mit Beförderungen und Stellenbewertungen umging. Kellner griff zu derartigen Methoden, um vor allem für die Spitzenbesetzungen finanzielle Nachteile im Vergleich zu einer Beschäftigung in der freien Wirtschaft nicht zu groß werden zu lassen. Daraufhin hatte die Regierung jede weitere Stellenhebung und Beförderung von ihrer Zustimmung abhängig gemacht. Schwaab wies die offensichtlich überzogenen Vorwürfe zurück und empfahl, die Auflagen nicht zurückzunehmen; StAA Regierung von Schwaben Nr. 17778, Schwaab an BayStMI, 22. 4. 1942. Mit dieser Auffassung setzte er sich durch; ebd., Christoph Mensens [Abteilungsleiter im BayStMI] an Wahl [RegPräs], 26. 4. 1942.

¹⁵² Ebd., RdSchr. Frick, 21. 2. 1942, Anlage 3.

¹⁵³ StdAA 42/307, Kellner an Beschaffungamt, 20. 1. 1943; RdSchr. Förg, 13. 2. 1943.

Ihre Eingabe vom 1942,
 betr.:
 anliegend wieder zurück. Die kriegsbedingte Personal-
 verknappung aller Behörden und die außerordentliche Be-
 lastung auch meiner Dienststelle mit zusätzlichen kriegs-
 wichtigen Aufgaben, deren pünktliche Erfüllung in erster
 Linie sichergestellt werden muß, erlaubt es leider nicht,
 auf alle Wünsche der Bevölkerung, mögen diese aus pers-
 önlichen Gründen auch berechtigt erscheinen, in der
 früher üblichen Weise einzugehen. Auf Grund der vom
 Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung erteilten
 Weisungen und Ermächtigungen habe ich daher die Sachbear-
 beitung solcher Angelegenheiten, die als im allgemeinen
 Interesse kriegswichtig nicht anerkannt werden können,
 bis auf weiteres grundsätzlich einstellen lassen und be-
 dauere, aus diesem Grunde auch Ihre Eingabe vorerst nicht
 bearbeiten zu können. Ich bitte Sie, für diese kriegs-
 bedingte Sachlage in der heutigen Zeit das nötige Ver-
 ständnis zu haben und nicht durch Gegenvorstellungen oder
 Beschwerden die Arbeitsbelastung meiner Dienststelle oder
 der vorgesetzten Behörden noch unnötig zu vergrößern.

.... Anlagen.

Abb. 13: Abwimmelformblatt der Stadtverwaltung

lasse und Verordnungen über Vereinfachungen keinen Wert haben, weil die höhe-
 ren und höchsten Aufsichtsbehörden nach wie vor fortfahren, die Gemeinden als
 unterste Zellen des Staates mit Arbeit geradezu zu erdrücken.“¹⁵⁴ Hatte er doch
 selbst im Oktober 1941 mit deutlichen Worten vor Kollegen gefordert, dass die
 Gesetzgebung sich wieder an der Verwaltungspraxis der Gemeinden orientieren
 solle.¹⁵⁵ Bei derselben Gelegenheit hatte ein Vertreter des DGT unter viel Beifall
 die Gefühle der versammelten Gemeindeleiter getroffen, als er die zahlreichen dis-
 kutierten Einzelheiten ins Grundsätzliche hob: „Was uns heute soviel Sorge
 macht, ist nicht die Frage der kommunalen Energiewirtschaft, nicht die Beamten-
 besoldung und nicht die Nachwuchsfrage, sondern jeden Tag – ich glaube, es geht
 Ihnen nicht anders als mir – schütteln wir immer wieder den Kopf, wenn wir die
 Verordnungen und Gesetze lesen, die alle kommen, weil man immer wieder an
 den Zuständigkeiten und an der Eigenverwaltung der Gemeinden herumdoktort

¹⁵⁴ Wie Anm. 149.

¹⁵⁵ BA NS 25/50, Niederschrift über die Sitzung des Oberbürgermeistergremiums der Städ-
 tegruppe B in Augsburg am 4. 10. 1941, S. 134f.

und herumnörgelt.“¹⁵⁶ Ob auf Tagungen oder in Einzeleingaben¹⁵⁷ – die Vereinfachung der Verwaltung konnte nach Meinung der Kommunalpraktiker nicht bei ihren Behörden, sondern nur bei der Spitzenebene ansetzen.

Auch Mayr hatte viel an den Zuständen in der Verwaltung auszusetzen. Im Gegensatz zu seinen Amtskollegen Goerdeler und Strölin überschritt seine Unzufriedenheit jedoch nie die Schwelle zur Systemopposition. Im Gegenteil: Ihm wie den meisten frustrierten Stadtoberhäuptern ging es darum, die Missstände anzuprangern, um den NS-Staat funktionaler zu machen. In der Runde seiner engsten Führungskräfte nahm Mayr kein Blatt vor den Mund. Am 11. November 1943 setzte er das „fürchterliche[s] Verwaltungschaos“ auf die Tagesordnung der Referentenbesprechung. Seine Sorge reichte weit über den eigenen Wirkungskreis hinaus: „Wir müssen wenigstens den Versuch machen, den massgebenden Stellen aus der Praxis heraus von diesen Zuständen zu berichten. Wenn das so weitergeht, verlieren wir den Krieg.“¹⁵⁸ Die Schuld daran sah er im Zentralismus der Obersten Reichsstellen und in der kaum noch einzudämmenden Einflussnahme der Partei auf den Verwaltungsvollzug. Während der anschließenden Diskussion bat Mayr um Fingerspitzengefühl bei der Besprechung mit den Amtsvorständen, denn es dürfe unter keinen Umständen der Eindruck erweckt werden, „als ob wir etwa gegen die Partei arbeiten würden. [...] Mein Ziel ist es, diesen Dingen Einhalt zu gebieten.“ Um dies zu erreichen, beauftragte er Kleindinst, eine Denkschrift zu erstellen, deren Endredaktion er zur Chefsache erklärte. Außerdem bezog er die Amtsleiter mit ein. Zwei Wochen später setzte er seine Grundgedanken der versammelten Führungsmannschaft der Stadtverwaltung nochmals auseinander und beauftragte sie, Anschauungsmaterial für die Denkschrift zu liefern. Vor allem jedoch entwickelte Mayr die Grundzüge seiner Vision der Kommunalverwaltung. Anstelle des Verwaltungszentralismus forderte er „eine nach grossen Richtlinien einheitlich ausgerichtete, aber örtlich und gebietlich abgestimmte, volksverbundene und lebendige Verwaltung“. Diese habe den Vorteil, „den Gesamtüberblick und die Möglichkeit des Abwägens und Ausgleichs miteinander konkurrierender Interessen zu haben und dabei unter Anpassung an die örtlichen Notwendigkeiten und Bedürfnisse ihre Aufgaben im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit vollziehen zu können. Das Wohl der Gemeinschaft, das der Nationalsozialismus zum obersten Gesetz erhoben hat, erfordert dies. Die Gemeinden sind dazu in der Lage und haben dies insbesondere jetzt während des Krieges wiederum bewiesen.“¹⁵⁹

Bevor konkrete Schritte eingeleitet werden konnten, veränderte der verheerende Luftangriff auf Augsburg in der Nacht vom 25. auf den 26. Februar 1944 das physische Erscheinungsbild der Stadt und den organisatorischen Aufbau der

¹⁵⁶ Ebd., S. 80.

¹⁵⁷ Vgl. beispielsweise die Vorschläge des Wiesbadener Oberbürgermeisters, zugleich Gauamtsleiter für Kommunalpolitik und DGT-Funktionär, an Himmler, um die dieser kurz nach seiner Ernennung zum Innenminister gebeten hatte; BA R 1501/1277, Dr. Erich Mix an Himmler, 5. 10. 1943.

¹⁵⁸ StdAA 49/70, Protokoll der Referentenbesprechung vom 10. 11. 1943.

¹⁵⁹ Ebd., Protokoll der Dienstbesprechung vom 2. 12. 1943.

Stadtverwaltung vollkommen. So fiel die Denkschrift mit der letzten größeren Welle an Vereinfachungsaufforderungen und Personalentzug zusammen, die die Gemeinden Ende August 1944 unter der von Goebbels ausgegebenen Parole des „totalen Krieges“ erreichte.¹⁶⁰ Bei der Auskämm-Aktion im Spätsommer und Herbst 1944 reagierten die städtischen Ämter mit Verweigerungsstaktiken auf den ungeheuren Druck, mit dem weiteres Personal für die Rüstungsindustrie aus der ausgedünnten Verwaltung herausgepresst wurde.¹⁶¹ Wahl, der seit April 1942 als Beauftragter des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel für Schwaben weitgehende Eingriffsrechte in die Personalpolitik hatte, forderte von Kellner, innerhalb von 48 Stunden 100 Leute freizumachen. Kellner bekam 30 zusammen, und diese eigneten sich zum großen Teil nicht, weil die einzelnen Ämter und Betriebe nur noch diejenigen meldeten, die sie am ehesten entbehren konnten. Das Kriegswirtschaftsreferat benannte beispielsweise zwei schwangere Schaffnerinnen und eine Handarbeitslehrerin.¹⁶² Schließlich schloss die Stadt das Theater und konnte so bis zum Ende des Jahres nochmals 313 Leute freigeben.¹⁶³

Wie enorm wichtig Mayr die Denkschrift nahm, zeigt, dass er sie in dieser Situation überhaupt noch weiter betrieb. Ein halbes Jahr, nachdem Augsburg niedergebrannt war, und die Stadtverwaltung jede Anstrengung auf die Linderung der Nöte der eigenen Bevölkerung richten musste, setzte sich das Stadtoberhaupt über das wiederholt ausgesprochene Verbot hinweg, umfangreiche Denkschriften zu erstellen und gab seine Gedanken an Wahl weiter. Auf neun Seiten entfaltete Mayr seine Vision einer auf allen Ebenen nach nationalsozialistischen Grundsätzen reorganisierten Verwaltung. Erfolg versprachen Änderungen seiner Ansicht nach nur dann, wenn sie an die „grossen grundsätzlichen Fragen des Staats- und Verwaltungsaufbaues“ herangingen.¹⁶⁴ Dafür war es in den Augen Mayrs nicht zu spät. Als Handlungsfelder benannte er das Verhältnis der obersten Verwaltungsbehörden im Reich und in den Ländern, die Zusammenfassung des Verwaltungsunterbaues von Reichsministerien in der allgemeinen Verwaltung, die Beseitigung der bestehenden und in Entwicklung befindlichen Sonderverwaltungen, die Verteilung der Verwaltungsaufgaben, die Berufung der Beamten in die Mittelstellen und in die obersten Verwaltungsbehörden sowie schließlich das Verhältnis von Partei und Verwaltung.

¹⁶⁰ Vgl. dazu Rebutisch, Führerstaat, S. 516–520 sowie Nolzen, NSDAP, S. 173–175. Augsburg musste nach der Anordnung für die Durchführung des totalen Kriegseinsatzes vom 16. August 1944 10% des verbliebenen Personals abgeben. Gegen diese Quoten hatte Fiehler vergeblich protestiert; BA R 1501/1278, Fiehler an Anton Kreißl [unter Himmler Leiter der Kommunalabteilung im RMI], 31. 8. 1944.

¹⁶¹ Die einschneidenden Änderungen bei der Stadtverwaltung, vor allem zahlreiche Schließungen und Zusammenlegungen von Ämtern, lassen sich jedoch nicht einzig auf den Vereinfachungserlass anlässlich des totalen Krieges zurückführen. Vgl. für die Einzelheiten den Bericht Kellners auf eine entsprechende Rundfrage des DGT; StdAA 42/307, Kellner an DGT, Landesdienststelle Bayern, 9. 9. 1944.

¹⁶² StdAA 50/191, Kellner an Förg, 27. 10. 1944.

¹⁶³ StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrates 1944, Sitzung vom 19. 12. 1944, Beilage 17: Bericht Mayrs über Maßnahmen aus Anlass des totalen Kriegseinsatzes.

¹⁶⁴ StdAA 50/191, Mayr an Wahl [RVK], 11. 8. 1944.

Inhaltlich liefen seine Vorschläge auf die Abschaffung der Länderbehörden zugunsten einer Mittelinstanz auf Gauebene und eine weitgehende Rückverlagerung von Zuständigkeiten in die Unterstufe hinaus: „Die auf den tatsächlichen Verfassungszustand berechnete Errichtung von Gauverwaltungen als einzigen Mittelbehörden der allgemeinen Verwaltung würde einen klaren Verwaltungsaufbau von den äusseren Behörden (Landräte, Oberbürgermeister) über die Gaubehörden zu den Reichsministerien schaffen. Die Eingliederung der Sonderbehörden in die allgemeine Verwaltung stellt wieder die Einheit der Verwaltung, die Zusammenfassung der Verwaltungserfahrung und der politischen Verantwortung her. Die Neuverteilung der Aufgaben legt den Einzelvollzug und die Verwaltungsinitiative wieder in die Hände der allgemeinen Verwaltung. [...] Die Beschränkung der Partei auf die politische und Führungsaufgabe und der Behörden auf die Verwaltungsarbeit erspart eine Unsumme unfruchtbarster Arbeit und Zeitverlust. Sie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Vereinfachung der Staatstätigkeit.“

Dieses erstaunliche Dokument wirft ein bezeichnendes Licht auf den Augsburger Oberbürgermeister. Wenige Monate, nachdem das meiste von dem, was er in seiner Amtszeit angestoßen und angestrebt hatte, unter den Bombeneinschlägen der Alliierten in Schutt und Asche gesunken war, erwiesen sich Mayrs Selbstbewusstsein und seine Loyalität zum Staat Hitlers als ungebrochen. Er verwaltete die Gauhauptstadt nicht wider die eigene Erwartung eines baldigen Unterganges als Zyniker der Macht, sondern glaubte noch immer an das Überleben und die Reformierbarkeit des Systems, dem er diente.

Propaganda nach innen und außen

Von Beginn des Krieges an strebten Mayr und Kellner danach, eine derartige Zuversicht in ihrem Wirkungskreis zu verbreiten. Denn nicht nur die materielle Versorgung, auch die kollektive Befindlichkeit war Gegenstand eifriger Bemühungen der Stadtverwaltung. Im September 1939 stand es damit nicht gerade zum Besten. Die Augsburger reagierten keineswegs mit Begeisterung auf den Ausbruch des Krieges. Vielmehr beherrschten Gefasstheit und Besorgnis die Gemüter. Wahl schilderte die Lage Anfang September sehr zurückhaltend: „Die Stimmung ist zwar nicht Begeisterung, aber ernster, fester Wille zum Durchhalten und zur Opferbereitschaft.“¹⁶⁵ Ein halbes Jahr später konstatierte Schneider

¹⁶⁵ BayHStA Epp 279/2, Lagebericht (Monatsbericht) des Regierungspräsidenten von Schwaben und Neuburg, 8. 9. 1939 [Abdruck]. Vgl. zur Stimmungsentwicklung in Augsburg Domarus, Nationalsozialismus, Krieg und Bevölkerung, v.a. ab S. 67; Bernhard Zittel, Die Volkstimmung im Dritten Reich im Spiegel der Geheimberichte des Regierungspräsidenten von Schwaben, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 66 (1972), S. 1–58. Zur Stimmung in Deutschland bei Kriegsausbruch vgl. Wolfgang Benz, Freude am Krieg oder widerwillige Loyalität? Die Stimmungslage der Deutschen bei Beginn des Zweiten Weltkriegs, in: Ders., Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Studien zur Struktur- und Mentalitätsgeschichte, Frankfurt a.M. 1990, S. 63–71; Wilhelm Deist, Überlegungen zur „widerwilligen Loyalität“ der Deutschen bei Kriegsbeginn, in: Wolfgang Michalka (Hg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München 1989, S. 224–249; Marlies Steinert, Deutsche im Krieg. Kollektivmeinungen, Verhaltensmuster und Mentalitäten, in: Karl Dietrich

schon fast pflichtschuldig hundertprozentige Siegeszuversicht, bemerkte daneben jedoch auch noch „eine gewisse Nervosität“¹⁶⁶. Um so ernster nahm die Stadtverwaltung ihre Propagandafunktion. Sowohl nach innen, also gegenüber den eigenen Untergebenen, als auch nach außen im Kontakt zu den „Volksgegnossen“ warben Mayr, Kellner, Förg und ihre Mitarbeiter unablässig um Verständnis, Zuversicht und Opferbereitschaft. Zunächst richtete Kellner das Wort im so genannten Jahresschlussappell an die eigenen Leute. Erstmals 1938 von Mayr eingeführt, wandelte sich diese verpflichtende Gemeinschaftsveranstaltung im Krieg zum Beschwörungsritual von Führerglauben und Kampfbereitschaft. Das „friedliche Aufbauwerk“ Deutschlands sei das Opfer eines Angriffs seiner Gegner geworden, fabulierte Kellner.¹⁶⁷ Die „ewigen Feinde[n] und Neider[n] deutscher Größe und Stärke“ hätten nichts anderes im Sinn, als das deutsche Volk für immer zu vernichten. Ähnlich wie Mayr in seinem Abschiedsschreiben stilisierte Kellner die Amtsstuben zum Kriegsschauplatz und beschwor den Kameradschaftsgeist. Wenn dieser Geist die Arbeit der Stadtverwaltung bestimme, „dann dürfen wir uns mit Stolz als die ‚Front der Heimat‘ bezeichnen und werden nach Rückkehr unserer Soldaten ihnen offenen Auges und Herzens begegnen können, denn wir wollen nichts sein als die Hilfstruppe unserer Wehrmacht und an unserem Arbeitsplatz mithelfen den Sieg der deutschen Waffen zu erringen.“

Immer wieder hämmerten Kellner und nach seiner Rückkehr auch Mayr ihren Untergebenen die Propagandaparolen ein. Während das Grundthema der folgenden Jahresschlussappelle dasselbe blieb, variierte Kellner die Tonart zuweilen vom Pathos zur Drastik. Nach dem Angriff auf die Sowjetunion beschrieb der Bürgermeister die Rotarmisten als „völlig entmenschten Gegner, der nichts kennt als Vernichtung und Grausamkeit“¹⁶⁸. Von den eigenen Leuten forderte er, Unbequemlichkeiten, Mehrarbeit und Entbehrungen willig zu ertragen: „Arbeitskameraden! Enttäuscht unsere Soldaten nicht. Nie soll einer von ihnen hören, dass wir in der Heimat klagen oder gar meckern wegen der geringfügigen Einschränkungen. Wir wären ihrer Opfer nicht wert und verdienten nicht die ehrende Bezeichnung ‚Front der Heimat‘.“¹⁶⁹

Je länger der Krieg andauerte, desto eindringlicher wurden die Durchhalteappelle. Vor allem, nachdem sich in Russland die Kriegswende abzeichnete und die Niederlage in der Schlacht um Stalingrad Führerglauben und Siegeszuversicht tief erschüttert hatte, begriff sich die Stadtverwaltung als verlängerter propagandisti-

Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1993, S. 204–227.

¹⁶⁶ StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Politischer Lagebericht, 10. 4. 1940.

¹⁶⁷ StdAA 49/226, Ansprache von Bürgermeister Kellner zum Jahresschlussappell 1939, 3. 1. 1940, S. 1 f.

¹⁶⁸ StdAA 49/226, Ansprache des Bürgermeisters Kellner anlässlich des Gefolgschaftsappells am 31. 12. 1941, S. 1. Zum Feindbild vom Russen im nationalsozialistischen Deutschland vgl. allgemein Wolfram Wette, Das Rußlandbild in der NS-Propaganda. Ein Problemaufriß, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln u. a. 1994, S. 55–78. Den Umschwung Mitte 1941 schildert prägnant Bianka Pietrow-Ennker, Das Feindbild im Wandel: Die Sowjetunion in den nationalsozialistischen Wochenschaun 1935–1941, in: GWU 41 (1990), S. 337–351, hier S. 345–348.

¹⁶⁹ Ebd., S. 6.

scher Arm der Reichsführung. Förg erklärte beispielsweise Anfang 1943 während einer Dienstbesprechung, es bestehe absolut kein Anlass, schwarz zu sehen. Die Haltung sei die Hauptaufgabe in dem gegenwärtigen Kriege; deshalb sei es die Pflicht der Amts- und Außenstellenleiter, die Angestellten und die zu ihnen kommenden „Volksgenossen“ immer wieder zu ermutigen. Alle Amts- und Außenstellenleiter müssten jede Woche die Angestellten in einem Appell aufklären und aufrichten.¹⁷⁰ Als Mayr 1943 von seinem zweiten Fronteinsatz zurückkehrte, gerierte er sich wie ein Nationalsozialistischer Führungsoffizier¹⁷¹ und verpflichtete seine engsten Mitarbeiter in besonderem Maße auf ihre Vorbildfunktion. Jede geistige Führung, so der Oberbürgermeister, habe den Zweck, Kraft zu geben. Er trat Zweifeln am „Endsieg“ und am Genie Hitlers entgegen und bemühte sich, Optimismus auszustrahlen. Niemand dürfe sich gehen lassen, denn das Schicksal des Einzelnen sei untrennbar mit dem des Volkes verbunden. „Sorgen Sie dafür, dass diese geistige Grundeinstellung und die geistige und politische Haltung nicht nur bei Ihnen, sondern auch bei Ihrer gesamten Gefolgschaft gegeben ist. Wirken Sie auf die Leute ein, halten Sie einmal ein politisches Referat. Das gibt ihrer Gefolgschaft und Ihnen selbst Anstoss und neue Kraft. Diese Haltung muss nach aussen strömen.“¹⁷² Und wenige Tage später demonstrierte Mayr vor den versammelten Referenten und Amtsleitern, wie er sich das vorstellte. Beruhigend verkündete der Oberbürgermeister, an der Ostfront sei die Stimmung bedeutend besser als in der Heimat. Rückschläge im Kriegsverlauf seien normal, schlimmer werde die Sache erst, „wenn Zweifler und Grübler oder gar vom Feind bezahlte Provokateure Unruhe und Unsicherheit in die Bevölkerung tragen und damit das Durchhalten der Heimat gefährden.“¹⁷³ Nur der Führer wisse Bestimmtes, schloss Mayr beschwörend: „Der Ungewißheit darf nicht ein falsches Wissen, sondern nur der unbedingte Glaube und das Vertrauen entgegengesetzt werden.“

Deutlich energischer verfolgte die Führungsspitze echte oder vermeintliche Anzeichen von Illoyalität und Pessimismus in den Reihen der Stadtverwaltung. Offenbar mehrten sich im Herbst 1943 die Anzeichen dafür, dass zahlreiche Beamte nicht mehr an ein Überleben des Nationalsozialismus glaubten. Mayr musste darauf pochen, dass jedes Parteimitglied sein Parteiabzeichen trug, um seine Loyalität zu demonstrieren: „Urteile und Kritik über den Führer dürfen unter keinen Umständen gestattet werden. Wer sich einmal der Partei verschrieben hat, darf sie jetzt nicht verleugnen.“¹⁷⁴ Förg gab diese Maßgaben weiter und forderte seine Leute auf, Anzeichen einer staatsfeindlichen Betätigung durch das

¹⁷⁰ StdAA Handakten Kriegswirtschaftsreferat (Willi Förg), Interne Besprechungen, Niederschrift über die Besprechung mit den Amts- und Außenstellenleitern, 27. 1. 1943.

¹⁷¹ Vgl. dazu Jürgen Förster, Weltanschauung als Waffe: Vom „vaterländischen Unterricht“ zur „nationalsozialistischen Führung, in: Bruno Thoß/Hans-Erich Volkmann (Hg.), Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland, Paderborn u. a. 2002, S. 287–300, hier S. 295 f.

¹⁷² StdAA 49/70, Protokoll der Referentenbesprechung vom 8. 9. 1943.

¹⁷³ Ebd., Protokoll über die Besprechung mit den Referenten, Amts- und Betriebsvorständen, 1. 10. 1943.

¹⁷⁴ Ebd.

Personal oder durch Volksgenossen sofort zu melden.¹⁷⁵ Einen Außenstellenleiter wollte Förg bei der Gestapo anzeigen, weil er angeblich mit abfälligen Worten („Den Krampf könnt ihr noch früh genug anhören“) seine Untergebenen davon abgehalten hatte, im Radio eine Hitlerrede zu verfolgen. Die anschließenden Untersuchungen entkräfteten den Vorwurf allerdings.¹⁷⁶ Defätismusvorwürfe kennzeichneten die Nervosität der Führungsspitze, je näher das Kriegsende rückte. Dabei spielte offenbar weniger die innere Haltung der Beamten als vielmehr ihr Auftreten nach außen die entscheidende Rolle.¹⁷⁷

Auf allen nur möglichen Wegen bemühte sich die Stadtverwaltung, die Stimmung der Bevölkerung zu heben und Verständnis für die behördlich angeordneten Kriegsmaßnahmen zu wecken. Die Impulse dazu gingen keineswegs nur von Mayr, Kellner und Förg aus. Während der Oberbürgermeister fern von Augsburg im Feld stand, setzte Zimmermann, der ja auch dessen Geschäftsführer im Gauamt für Kommunalpolitik war, eine Anregung des Hauptamts für Kommunalpolitik in die Tat um. Für eine „Propaganda- und Erziehungsaktion“, die sich an die Besucher der gemeindlichen Kriegswirtschaftsämter richtete – also an fast alle –, stellte er drei Leitsätze auf. Diese schmückten nicht nur die Amtsstuben in ganz Schwaben auf großformatigen Tafeln, sondern Zimmermann ließ sie auch auf alle Antragsformulare der Kriegswirtschaftsstellen aufdrucken und sorgte damit für eine Verbreitung, die kaum größer hätte sein können (Abb. 14). Wann immer die Augsburger nun Fahrradreifen beantragten, Bezugsscheine für Kleidung, Batterien oder sonstige kontingentierte Gebrauchsgegenstände ausfüllten, kurz, jedes Mal, wenn sie mit der Kriegswirtschaftsbehörde in Kontakt traten, unterzogen sie sich einer propagandistischen Dauerberieselung: „Volksgenosse vergesse es nie: Eine Einschränkung in der Heimat bedeutet nichts gegen den Lebenseinsatz unserer Soldaten!“ – „Volksgenosse vergesse es nie: Die getroffenen Kriegswirtschaftsmaßnahmen führen zusammen mit den militärischen Maßnahmen zu dem Endsieg und stellen damit die Zukunft unseres Volkes sicher!“ – „Volksgenosse vergesse es nie: Der Beamte, der als Treuhänder aller Volksgenossen mit den Wirtschaftsmaßnahmen betraut ist, will Dir Kamerad und Berater sein; darum sollst auch Du ihm bei der Durchführung seines schweren Amtes Kamerad sein und Verständnis zeigen für die Maßnahmen, die er zu vollziehen hat!“¹⁷⁸

Gerade der letzte Aufruf spiegelt ein Strukturproblem der Kriegswirtschaftsstellen wider. Weil nahezu alle Gebrauchsgüter nur mit einem Bezugsschein zu erhalten waren, hing in den Augen der Bevölkerung die Erfüllung ihrer Wünsche vom Wohlwollen des Ernährungs- und des Wirtschaftsamtes ab. Allerdings handelte es sich bei der gesamten Kriegswirtschaft um Auftragsverwaltung – ein

¹⁷⁵ Wie Anm. 170.

¹⁷⁶ StdAA P 13/5054, Lorenz Hohmann an Förg, 11. 12. 1942; Förg an Personalamt, 9. 1. 1943; Beilage zum Fragebogen Wilhelm Meyer, 2. 7. 1945.

¹⁷⁷ Vgl. die Aussage von Alois Mittelhammer in seinem Meldebogen; StAA Ska Augsburg-Stadt I u. III M-625, Meldebogen Alois Mittelhammer, 2. 5. 1946.

¹⁷⁸ BA NS 25/351, Zimmermann an die Reichsleitung der NSDAP, Hauptamt für Kommunalpolitik, 8. 8. 1940. Die Sprüche selbst hielten sich eng an die Vorgaben des Hauptamts; vgl. Birthe Kundrus, Kriegerfrauen. Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1995, S. 313.

Datum des Poststempels.

An die
außenbezeichnete Anschrift!

77

Auf Grund Ihres Antrages auf Ausstellung eines Bezugsscheines für

1 Fahrradbefede / 1 Fahrradschlauch / 1 Erstausrüstung
(Nichtunterstehendes zu durchstreicheln)

ersuche ich Sie am bei der unterfertigten
Außenstelle vorzusprechen.

Parteiverkehr vormittags 9 Uhr—12 Uhr und
nachmittags 15 Uhr—17¹/₂ Uhr.

**Die alte Fahrradbefede / der alte Fahrradschlauch ist abmontiert mitzubringen, da sonst
eine Erledigung Ihres Antrages nicht erfolgen kann.**

i. A.

(Stempel der Außenstelle) (Unterschrift)

Volksgenosse vergesse es nie:
Eine Einschränkung in der Heimat bedeutet nichts gegen den Lebens Einsatz unserer Soldaten!

MA 1066

Abb. 14: Antragsformular mit Propagandaparole

grundlegender Unterschied zum Ersten Weltkrieg, wie Kleindinst hervorhob.¹⁷⁹ Trotzdem richteten sich der Zorn und der Unmut der Bevölkerung gegen die Stadtverwaltung, wenn Versorgungsengpässe auftraten oder umständliche Verwaltungsprozeduren lange Wartezeiten verursachten. Oftmals trug daran nicht die Stadtverwaltung Schuld, sondern die vorgesetzten Behörden. Nicht ohne Genußnahme bemerkte Schneider, dass des ungeachtet die Bevölkerung mit ihren Anliegen lieber zur Partei als zu den kommunalen und staatlichen Dienststellen ging, weil sie dort auf größeres Verständnis stieß. Die Partei genoss weitaus mehr Vertrauen als die öffentliche Verwaltung – so zumindest die Sichtweise Schneiders: „Die überaus bürokratische Handhabung, das schwerfällige Arbeiten und das geringe Verständnis dem Volkswillen gegenüber wird manchmal stark kritisiert und man hört dann vielfach den Wunsch, die Partei solle viel mehr eingeschaltet und vor allem von sich aus Entscheidungen treffen können.“¹⁸⁰ Gewissermaßen konkurrierten Stadtverwaltung und Parteiapparat um das Vertrauen und Verständnis der Augsburger. Dennoch drang Förg in seiner Rolle als Koordinator mit den Parteistellen darauf, für Verständnis zu werben: „Es ist Aufgabe der Partei die Volksgenossen zu erziehen und ihnen klarzumachen, warum in Kriegszeiten dies und jenes geschehen muss. Denn Kriegsmassnahmen müssen Härten mit sich

¹⁷⁹ StdAA 49/70, Protokoll der Referentenbesprechung vom 19. 10. 1939; Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrats 1939, Sitzung vom 1. 11. 1939.

¹⁸⁰ StAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Lagebericht, 9. 3. 1940; Politischer Lagebericht, 10. 11. 1940.

bringen und auch in den kommenden Monaten wird noch manche unpopuläre Massnahme zu erwarten sein.“¹⁸¹ Derartige Appelle, wie sie auch Oberbürgermeister Strölin an die Stuttgarter Ratsherren richtete¹⁸², verhallten ungehört. Die Funktionäre der NSDAP fühlten sich nicht als Anwälte der Stadtverwaltung, sondern als Bannerträger der „Menschenführung“. Sie nutzten jede Gelegenheit, das subjektive Empfinden der „Volksgenossen“ einer ungerechten Behandlung partei-offiziell aufzugreifen und verstärkten damit nur noch die Missstimmung gegenüber der Stadtverwaltung.

Besonders nach dem Großangriff auf Augsburg im Februar 1944 spitzte sich dieses Problem zu. Zwei besonders unangenehme Auftritte eines Vertreters der Gauleitung nahm Mayr zum Anlass, um sich beim stellvertretenden Gauleiter Anton Mündler zu beschweren. Ein Herr Dr. Messmer war nach Auskunft der Tagebucheinträge des Wirtschaftsamts, die Mayr wörtlich zitierte, in Begleitung von Antragstellern erschienen und hatte jeweils in barschem Befehlston nach Utz bzw. dem Leiter der Abteilung Kohle verlangt. Ohne Rücksicht darauf, dass gerade andere Parteien dort abgefertigt wurden und weitere schon länger warteten, ging Messmer in das Dienstzimmer hinein, unterbrach die laufenden Verhandlungen und herrschte die Beamten für alle deutlich hörbar an: „Diese Frau bekommt 1 Paar Schuhe – wie Sie es machen ist mir gleich – der Herr Gauleiter wünscht es!“¹⁸³ Im zweiten Fall verlangte er auf der Stelle zehn Zentner Kohlen. Solche Auftritte dürften zum Kriegsverwaltungsalltag in ganz Deutschland gehört haben. Daher ist die Anmaßung des Parteiemissärs, gegen die sich Mayr in scharfen Worten verwahrte, eher unspektakulär. Bedeutsamer erscheint zum einen das Ergebnis dieser Intervention, zum anderen die sich daraus ergebende Kontroverse zwischen Mayr und dem stellvertretenden Gauleiter Mündler (s. unten). In beiden Fällen bekam Messmer das, was er wollte. Für die Bevölkerung konnte das nur heißen, dass man eben doch Kleider, Kohle, Möbel oder Schuhe ergattern konnte, wenn man es schaffte, den politischen Hebel anzusetzen. Dies verursachte zweifelsohne enormen Stress bei den Beamten. Auf das Herrschaftssystem gewendet, zeigt sich eine punktuell entlastende Wirkung der Polykratie. Die realen Eingriffsmöglichkeiten der „Volksgenossen“ über eine der zahlreichen offiziellen Dienststellen suggerierten, dass Hilfe möglich sei. Sie machten im Prinzip dieselbe Erfahrung, die die Stadtverwaltung im Zusammenhang mit der erfolgreichen Lobbyarbeit ihres Beauftragten für den Vierjahresplan gemacht hatte, dass man nämlich, „wenn man alle Möglichkeiten ausschöpft, doch das eine oder andere erreichen“ konnte.¹⁸⁴ Für die „Hoheitsträger“ war bedeutsam, dass sie ihre fürsorgliche „Menschenführung“ unter Beweis stellen und zugleich der gefürchteten Missstimmung die Spitze nehmen konnten. Wo der Ärger über offensichtlich nicht eingehaltene Betreuungs- und Versorgungsgarantien so sehr anzuschwellen drohte, dass der NS-Herrschaft vor Ort ihre Legitimationsgrundlage entglitt, ließ sich ostentativ das vermeintliche Gegenteil beweisen. Dass sich die Lage der Be-

¹⁸¹ So Förg auf der Sitzung des Gaurings für Propaganda am 11. März 1941 (wie Anm. 30).

¹⁸² Vb. Stuttgart 1944, S. 4.

¹⁸³ StdAA 32/158, Mayr an Traeg, 2. 6. 1944.

¹⁸⁴ Vgl. oben S. 145.

völkerung aufs Ganze gesehen dadurch nicht im mindesten besserte, war ohne Belang. Solange derartige Fälle nicht zur Regel wurden, stabilisierten sie den „Grund-“ oder „Alltagskonsens“¹⁸⁵ zwischen Herrschenden und Beherrschten.

Obwohl das „klientelorientierte“ Verwaltungshandeln durchaus Vorteile mit sich bringt¹⁸⁶, reagiert die Führung der Stadtverwaltung abwehrend. Denn aus ihrer Sicht waren derartige Eingriffe nur noch ein weiteres Zeichen der Erosion ihrer Autorität. Mayr erhob schwere Vorwürfe und forderte, die Partei solle die Bevölkerung darüber aufklären, dass die Versorgungslage es nicht gestatte, ihre Anträge zu erfüllen. Es sei nicht tragbar, „daß Parteidienststellen den Antragstellern Versprechungen machen, die dann auf Grund der gegebenen Weisungen von den Vollzugsbehörden nicht erfüllt werden können.“¹⁸⁷ Mündlers Antwort wirft ein Schlaglicht auf den tiefen Graben, der nach fünfjähriger Kriegszeit zwischen dem NS-Verwaltungsmann und dem NS-Parteifunktionär klappte: „Die Partei jedoch und deren Amtsträger muß es jedenfalls als Führungsinstrument des Nationalsozialismus übernehmen, Beschwerden entgegenzunehmen und sie psychologisch sach- und fachkundig verarbeiten [sic]. [...] Wie Sie als alter Parteigenosse und Gaustabsangehöriger in Punkt 11 davon schreiben können, es erscheine nicht tragbar, daß Parteistellen Antragstellern Versprechungen machen, ist mir schlechterdings unbegreiflich. Die Belehrung, daß es unter allen Umständen notwendig sei, daß gerade die Partei die verschiedenen Kriegsämter in der Erfüllung ihrer schwierigen Aufgaben unterstütze und zwar auch dann, wenn Ablehnungen ausgesprochen werden müssen, ist mir und meiner Dienststelle gegenüber unangebracht, denn sowohl ich persönlich als auch die Dienststellen der Gauleitung müssen doch selbst wissen, was sie zu tun haben.“ Dagegen sei es häufig notwendig, seitens der Partei gegenüber den Behörden mehr Druck anzuwenden. Mündler rügte das „sehr mürrische[n], wegwerfende[n] und hochmögende[n]“¹⁸⁸ Benehmen der Beamten und Angestellten gegenüber dem Publikum und berichtete von seinen Eindrücken: „Schon mancher Volks- und Parteigenosse sprach bei mir, von einer städtischen Dienststelle kommend, weinend und zitternd vor. Wenn nun die einzelnen beschwerten [sic] Beamten oder Angestellten so tun, wie wenn sie von dem einen oder anderen bei ihrer Dienststelle vorsprechenden [sic] schlecht behandelt worden wären, so spricht das nur dafür, daß sie gar kein Empfinden mehr für ihr rüppelhaftes [sic] Verhalten haben.“

Wie unter dem Brennglas wird an dieser Stelle deutlich, dass zwei zutiefst überzeugte Nationalsozialisten zwar im selben Gau, aber scheinbar in verschiedenen Welten lebten. Es ist bezeichnend für die in Augsburg und Schwaben vorherrschende politische Kultur, dass sich Mayr und Mündler trotz derart gegensätzlicher Auffassungen in vitalen Fragen der Herrschaftsausübung nicht entzweiten. Wie immer, wenn Konflikte in eine Sackgasse zu geraten drohten, suchte Mayr das Gespräch – auch weil „man in Schriftsätzen nicht so ungeschminkt die Wahrheit

¹⁸⁵ Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, S. 85 u. 293. Die gleiche Beobachtung hat Birthe Kundrus für den Familienunterhalt gemacht; Kundrus, Kriegerfrauen, S. 287.

¹⁸⁶ Vgl. dazu Benz, Normanpassung und Normverletzung, S. 37.

¹⁸⁷ Wie Anm. 183.

¹⁸⁸ StdAA 32/158, Mündler an Mayr, 8. 6. 1944.

niederlegen kann“¹⁸⁹, wie der Oberbürgermeister abschließend notierte. Dabei habe sich herausgestellt, dass Mündler seine Antwort in dieser Form lediglich zur Rückendeckung gegenüber der Parteikanzlei abgefasst hatte. Möglicherweise war das nur ein Scheinargument. Wie tief dieser zweifellos latent schwelende und strukturell der NS-Herrschaft eingewobene Grundsatzkonflikt in Augsburg konkret auch reichte – zu keinem Zeitpunkt zerstörte er die funktionierenden Arbeitsbeziehungen zwischen Stadtverwaltung und Gauleitung.

Auf die Bevölkerung blieb diese Art Interaktion zwischen Partei, Behörde und Gesuchstellern nicht ohne Rückwirkung. Viele lernten schnell die Grundregeln der örtlichen polykratischen Verhältnisse und erlangten großes Geschick darin, Dienststellen gegeneinander auszuspielen. Insofern beschleunigte die nationalsozialistisch geprägte administrative Normalität zwei komplementäre, längerfristige Entwicklungen: Zum einen öffnete sich das hoheitliche Modell staatlichen Handelns, je deutlicher seine funktionalen Schwächen zutage traten, der Möglichkeit, den Gesetzesvollzug durch Aushandlungsprozesse einer konkreten Situation anzupassen und dabei die Interessen der Beteiligten zu berücksichtigen.¹⁹⁰ Zum anderen wandelte sich die Rolle des Gegenübers der Verwaltung vom obrigkeitseingehorsamen Untertan hin zum den Staatsorganen eher skeptisch und fordernd gegenüberstehenden selbstbewussten Bürger.¹⁹¹ Zunächst äußerte sich dies darin, dass die Beamten und Angestellten der Kriegswirtschaftsstellen immer hemmungsloser mit Beschimpfungen und Beleidigungen überschüttet wurden. Pöbeleien und Drohungen waren an der Tagesordnung. In einer Außenstelle mussten zeitweise drei Schutzpolizisten Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten.¹⁹² Besonders krass spitzte sich die Konfrontation in der Abteilung „Mangelwaren“ zu: „Die Verhandlungen mit den Antragstellern nahmen derart scharfe Formen an, daß die Sachbearbeiter beim Amtsvorstand erklärten, sie könnten diesen Dienst auf die Dauer nicht mehr versehen. Besonders waren es die jungen Soldatenfrauen, die in ihrem Auftreten sehr energisch waren und das Dienstpersonal mit Ausdrücken überhäuften, die kaum zu beschreiben sind.“¹⁹³

¹⁸⁹ Ebd., Vormerkung Mayr, 18. 6. 1944.

¹⁹⁰ Benz, *Normanpassung und Normverletzung*, S. 34.

¹⁹¹ Dieser Aspekt von Modernisierungsimpulsen ist bislang noch kaum untersucht worden. Vgl. außer dem Forschungsüberblick von Bavaj, *Ambivalenz, die Abwägung der durch den Nationalsozialismus geförderten bzw. gehemmten Prozesse bei Wehler, Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, S. 783–794, speziell auf die Frauen gemünzt die Überlegungen von Ute Daniel, *Zweierlei Heimatfronten: Weibliche Kriegserfahrungen 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 im Kontrast*, in: Thoß/ Volkmann (Hg.), *Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg*, S. 391–409, hier S. 402 f.

¹⁹² StdAA 44/1, Bericht über das Wirtschaftsamt (wie Anm. 38), S. 15.

¹⁹³ Ebd., S. 24. Schwaab berichtete im Dezember 1939, dass Soldaten und ihre Bräute, die eine Kriegstraue beantragten, im Standesamt ebenfalls äußerst anmaßend auftraten; BayHStA StK 6683, Monatsbericht des Regierungspräsidenten von Schwaben [Abdruck], 9. 12. 1939, S. 20. Auch in Köln spitzte sich die Konfrontation zwischen Behördenpersonal und Kunden immer wieder zu; Gabriele Wiggen-Jux, *Die Versorgung der Kölner Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen im Zweiten Weltkrieg – die Auswirkungen nationalsozialistischer Versorgungspolitik auf städtischer Ebene, dargestellt anhand ausgewählter Beispiele*, Diss. Köln 1998, S. 82.

Dennoch pochten die Vorgesetzten nach innen darauf, dass sich die Beamten und Angestellten im Kontakt zur Bevölkerung nicht nur korrekt, sondern stets verständnisvoll, höflich und zuvorkommend benahmen – angesichts der Strapazen im Dauerverkehr mit den Menschen und der Arbeitslast keine geringe Anforderung. Intern führte das Wirtschaftsamt eine so genannte Querulantenliste¹⁹⁴. Die Beschwerden der darin aufgeführten Verbraucher wurden erst gar nicht weiterverfolgt. Dennoch befand sich die Bevölkerung in einer starken Position gegenüber den städtischen Beamten und Angestellten. In Kriegszeiten mussten die Beamten nach Ansicht des Oberbürgermeisters wie auch der Reichsführung¹⁹⁵ noch mehr Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen als sonst. Als Mayr nach seinem ersten Frontaufenthalt Klagen über mangelnden Takt seiner Mitarbeiter zu Ohren kamen, nannte er das Verhalten dieser Beamten beschämend und unwürdig. Auch wenn man gezwungen sei, dem „Volksgenossen“ einen ablehnenden Bescheid zu geben, so könne man das immer noch in wohlmeinende Worte kleiden. Oft kränke der barsche Ton den Abgewiesenen mehr als der ablehnende Bescheid selbst.¹⁹⁶ Weil Verbrauchsgüter aller Art mit der Zeit zur „Mangelware“ wurden, mussten die Behörden immer öfter zu solchen Beschwichtigungstaktiken Zuflucht nehmen. Das Geschick, die „Volksgenossen“ zu (ver)trösten, gehörte bald zum Handwerkszeug der Kommunalbediensteten im ganzen Reichsgebiet.¹⁹⁷

Besonders ärgerlich für die Kriegswirtschaftsstellen wirkten sich propagandistische Zeitungsmeldungen über die angeblich ungetrübte Versorgungslage aus, die eigentlich genau dasselbe bezweckten, nämlich die Bevölkerung zu beruhigen. Nicht nur die Tagespresse, auch die schwäbische Soldatenzeitung „Front und Heimat“, ein von Wahl ins Leben gerufenes Blatt und besonders gehätschelter Teil der Frontbetreuung, setzte immer wieder Falschmeldungen in Umlauf.¹⁹⁸ Nicht

¹⁹⁴ StdAA Handakten Kriegswirtschaftsreferat (Willi Förg), Interne Besprechungen, Bericht über die 2. Besprechung des Wirtschaftsreferats mit den Leitern des gesamten Amtsbezirks am 12. 2. 40, 13. 2. 1940.

¹⁹⁵ Am 9. November 1939 hatte Göring die Verwaltung zu mehr Höflichkeit aufgefordert. Sein Schnellbrief (ein Abdruck befindet sich in StdAA 42/309) strotzte nur so von populistischen Ressentiments gegen die Behörden. Der so genannte Höflichkeitserlass wurde weithin bekannt und den Beamten oft von erregten Parteien entgegengehalten; vgl. den Wochenbericht Herkommers aus der ersten Januarwoche 1940 (wie Anm. 37.). Kellner ließ den Erlass im vollen Wortlaut allen Mitarbeitern bekannt machen und verpflichtete die Amtsleiter, die Bestimmungen monatlich mindestens einmal zu wiederholen; StdAA 42/309, RdSchr. Kellner, 1. 12. 1939.

¹⁹⁶ StdAA 49/70, Protokoll der Besprechung mit den Referenten und Bürovorständen vom 25. 10. 1940. In diesem Sinne instruierte Förg auch seine Führungsmannschaft immer wieder; vgl. z.B. StdAA Handakten Kriegswirtschaftsreferat (Willi Förg), Interne Besprechungen, Bericht über die 8. Besprechung des Wirtschaftsreferats mit den Leitern des gesamten Amtsbezirks am 7. 3. 1941. Vgl. auch die Rundschreiben mit Aufforderungen zu mehr Höflichkeit; StdAA 42/309, RdSchr. Kellner, 13. 9. 1939 u. 25. 2. 1941; RdSchr. Förg, 17. 4. 1942; StdAA 42/305, RdSchr. Kellner, 9. 6. 1941.

¹⁹⁷ Vgl. Wiemers, Kriegsverwaltung, S. 123.

¹⁹⁸ StdAA Handakten Kriegswirtschaftsreferat (Willi Förg), Interne Besprechungen, Bericht über die Besprechung des Wirtschaftsreferats mit den Leitern des gesamten Amtsbezirks, 29. 4. 1942. Utz erbot sich, bei der Gauleitung um Besserung nachzukommen. Angeblich erreichte „Front und Heimat“ eine Auflage von 120 000 Exemplaren; Wahl, „... es ist das deutsche Herz“, S. 265.

selten beriefen sich die Verbraucher auf derartige Verlautbarungen und Ankündigungen und brachten die Außenstellen in arge Verlegenheit, wenn es die angeblich vorhandenen Güter gar nicht gab. Nachdem Kleindinst in der ersten Stadtratssitzung nach Kriegsbeginn einen Überblick über die Versorgungslage gegeben hatte, stellte ein Ratsherr bestürzt einen „krassen Widerspruch“ zu den Verlautbarungen fest, die man täglich im Radio höre.¹⁹⁹ Mit dem Verbreitungstempo über dieses neue Medium konnte der Dienstweg unmöglich Schritt halten, sodass die Bevölkerung oft schneller über Änderungen der Bewirtschaftungsvorschriften informiert war als die Behörden selbst. Diese durften jedoch erst handeln, nachdem sie offizielle Instruktionen erhalten hatten. Darunter litt das Ansehen der Stadtverwaltung empfindlich. Frustriert schilderte Herkommer beispielsweise im April 1940 einen typischen Fall aus seinem Amtsbereich: „Das Prestige der Ernährungsämter wie überhaupt der ganzen Verwaltung hat in der laufenden Woche wieder einmal neuerdings dadurch gelitten, daß in der Presse über die Ausgabe bzw. Vorbestellung von Kondensmilch angebliche amtliche Ausführungen verbreitet wurden, die den Ernährungsämtern 4 Tage später durch einen Erlaß des Reichsernährungsministers vom 9. April 1940 – eingelaufen in Augsburg 18. April 1940 – zur Kenntnis zugeleitet worden sind.“²⁰⁰ An anderer Stelle sprach Herkommer sarkastisch von einem weiteren „Beitrag zum Thema ‚Ausverkauf der Staatsautorität‘.“²⁰¹ Auch der Leiter der Straßenverkehrsstelle beklagte sich darüber, dass das Ende der Bewirtschaftung von Treibgas im Radio bekannt gegeben worden war.²⁰²

Vergebens bemühte sich Förg, bei den Urhebern eine Änderung der Informationspolitik zu erreichen.²⁰³ Um wenigstens von der Lokalpresse nicht andauernd in Verlegenheit gebracht zu werden, schloss Förg mit den beiden Augsburger Zeitungen im Januar 1940 eine Vereinbarung. Die Presseorgane verpflichteten sich, zukünftig an alle offiziellen Meldungen über Verbrauchszuteilungen den Nachsatz anzufügen: „Über die Regelung in Augsburg erfolgt gesonderte Mitteilung in den nächsten Tagen.“ Außerdem verpflichtete sich die Lokalpresse, vor der Veröffentlichung von Berichten über die Augsburger Versorgungslage mit dem Kriegswirtschaftsreferat Rücksprache zu halten. Auf diese Weise hoffte Förg, die Bevölkerung ruhig zu halten, indem weder nicht zu erfüllende Erwartungen ge-

¹⁹⁹ StdAA, Niederschriften über die Sitzungen des Gesamtstadtrats 1939, Sitzung vom 27. 10. 1939.

²⁰⁰ StdAA, Ernährungsamt, Wochenberichte des Ernährungsamtes A und B, Herkommer an Ref. 4, 18. 4. 1940.

²⁰¹ Ebd., Herkommer an Ref. 4, 19. 1. 1940. In diesem Fall hatte das Landesernährungsamt die Verteilung von zusätzlichen Obst- und Gemüsekonserven an die Krankenanstalten angekündigt, die Dosen (allein 12000 Stück für das Städtische Krankenhaus) waren jedoch in keinem Geschäft zu bekommen.

²⁰² BA NS 25/351, Zimmermann an die Reichsleitung der NSDAP, Hauptamt für Kommunalpolitik, 8. 11. 1941. Ähnliche Klagen richtete der Düsseldorfer Oberbürgermeister an das zuständige Landeswirtschaftsamt; Brinkhus, Auftragsverwaltung, S. 225 Anm. 44.

²⁰³ StdAA Handakten Kriegswirtschaftsreferat (Willi Förg), Pressebesprechungen, Förg an Wahl [RegPräs], 2. 10. 1940; Abschriften schickte er an die Gauleitung, den DGT, das Bezirkswirtschaftsamt München, das Landesernährungsamt München und die Augsburger SD-Stelle.

weckt noch möglicherweise begründete Ängste geschürt werden sollten. Ebenfalls festgehalten wurde die Absicht, dass das Wirtschafts- bzw. Ernährungsamt die Journalisten jeweils darauf hinwies, auf welchem Gebiet sich die Presse besonders propagandistisch betätigen sollte.²⁰⁴ Dies kam in einem begrenzten Feld einer Presselenkung auf lokaler Ebene gleich, wie sie Goebbels kaum besser hätte stipulieren können.

So schön diese Vereinbarung auch aussah, sie war das Papier nicht wert, auf dem Förg sie festgehalten hatte. Bereits drei Wochen später mahnte er die Redakteure, den geforderten Beisatz auch abzudrucken.²⁰⁵ Umgekehrt beschwerten sich die Zeitungen über abfällige Bemerkungen seitens der Außenstellenmitarbeiter über den Wahrheitsgehalt der Pressemeldungen. Sie könnten schließlich auch nicht für Veröffentlichungen verantwortlich gemacht werden, die ihnen von höherer Stelle aus befohlen würden. Um die Misshelligkeiten aufzuklären, lud Förg die beiden Augsburger Lokalschriftleiter zu einer Pressebesprechung ein. Sinn und Zweck der Besprechung sei es, erklärte der Kriegswirtschaftsreferent, „der Lokalpresse für die nächsten Monate hinsichtlich der Kriegswirtschaft Leitsätze und Anregungen zu geben für eine gesunde Pressepolitik in Bezug auf bewirtschaftete Waren wie auch im Hinblick auf Beeinflussung und Stimmungslenkung der Bevölkerung.“²⁰⁶ Am Ende bekräftigten beide Seiten die im Januar getroffene Vereinbarung. Zahlreiche Einzelfälle und Beschwerden an die Zeitungen zeigen indes, dass sich dadurch nichts Wesentliches an den Zuständen änderte.²⁰⁷ Der Versuch, die örtliche Berichterstattung über die Versorgungslage im Sinne des Kriegswirtschaftsreferats zu lenken, scheiterte gründlich.

Um das Image der Stadtverwaltung aufzupolieren, musste sich die Stadtverwaltung etwas anderes einfallen lassen. Mayr monierte 1943, dass die Parteistellen ihre Leistungen für die vom Krieg betroffene Bevölkerung in ein viel helleres Licht zu stellen verstanden als die Stadtverwaltung. Von der Arbeit der Gemeinde für die Allgemeinheit höre man fast nichts in der Öffentlichkeit.²⁰⁸ Der Oberbürgermeister forderte, auch die Stadt müsse diese Art Propaganda in eigener Sache betreiben. Bereits 1940 hatte Zimmermann gegenüber dem Hauptamt für Kommunalpolitik den Standpunkt vertreten, die Verwaltung solle ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen, sondern mit ihren Leistungen auch einmal an die Öffentlichkeit treten.²⁰⁹ Ähnlich dachten die meisten führenden Gemeindevertreter. Im Oktober 1941 tagte das Kriegsgremium der Oberbürgermeister der Städtegruppe B in Augsburg. Ein hauptamtlicher Referent des DGT führte dort zu diesem „ersten

²⁰⁴ Ebd., Aktenvermerk Förg, 19. 1. 1940.

²⁰⁵ Ebd., Förg an die Schriftleitungen der Neuen Augsburger Zeitung und der Augsburger National-Zeitung, 13. 2. 1940.

²⁰⁶ Ebd., Protokoll über die Pressebesprechung des Kriegswirtschaftsreferats vom 16. 9. 1940.

²⁰⁷ Ebd., Zimmermann an Förg, 30. 1. 1942; Förg an *Neue Augsburger Zeitung* und *Augsburger National-Zeitung*, 27. 11. 1942 und 10. 4. 1943; Utz an Kriegswirtschaftsreferat, 29. 4. 1943; Förg an *Augsburger National-Zeitung*, 5. 5. 1943.

²⁰⁸ StdAA 49/70, Protokoll der Referentenbesprechung vom 10. 11. 1943.

²⁰⁹ BA NS 25/351, Zimmermann an die Reichsleitung der NSDAP, Hauptamt für Kommunalpolitik, 9. 10. 1940.

Problem“ aus: „Der Kommunalbeamte leistet in der volksnächsten Verwaltung, in der Kommunalverwaltung, soviel an Arbeit für das Gemeinwohl, dass von der Presse erwartet werden darf, dass sie diese Arbeit auch entsprechend würdigt.“²¹⁰ Mayr plante eine groß angelegte Propagandaaktion, die mit Hilfe von Partei und Presse die Bevölkerung vom Wert der städtischen Dienststellen überzeugen sollte. Die Vorbereitungen dafür waren schon angelaufen, wurden jedoch nach dem Luftangriff vom Februar 1944 obsolet.²¹¹

Da sich niemand sonst dazu bereit fand, musste Förg die Lobeshymnen auf die Arbeit der Stadtverwaltung schließlich selbst schreiben. Am 30. September 1944 lancierte er einen großen Artikel unter dem Titel „Wer bestellt uns in Augsburg den Tisch? Wer sorgt für unsere Kleidung?“ in der *Augsburger National-Zeitung*.²¹² Darin fanden die Leistungen der städtischen Kriegswirtschaftsstellen eine breite Würdigung. Ob sie jedoch das bis dahin gefestigte Bild bei der Bevölkerung noch korrigieren konnten, erscheint zweifelhaft. In der Öffentlichkeit waren jedenfalls immer wieder abfällige Äußerungen über die Verwaltungsbürokratie und speziell Klagen über die rigorose Behandlung in den Außenstellen zu hören.²¹³ Die Beamten und Angestellten mussten sich mit dem Lob ihres Stadtoberhauptes begnügen.²¹⁴ Ein halbes Jahr vor dem Ende des Dritten Reiches kam die Imagepflege der Stadt reichlich spät. Dabei leisteten die Kriegswirtschaftsstellen der Stadtverwaltung in der Tat einen unverzichtbaren Beitrag, um die Bevölkerung die Auswirkungen des Krieges so wenig unangenehm wie möglich spüren zu lassen.

2. Im Zentrum der „Heimatfront“: Die Tätigkeit der städtischen Kriegsämter

Die konkrete Arbeit der Kriegsämter²¹⁵ erreichte schnell das hohe professionelle Niveau der Augsburger Stadtverwaltung. In der administrativen Normalität während der Ausnahmesituation des Krieges lag – so paradox dies im ersten Moment erscheint – sowohl für die Stadtverwaltung selbst als auch für die Bevölkerung der

²¹⁰ BA NS 25/50, Niederschrift über die Sitzung des Oberbürgermeistergremiums der Stadtgruppe B in Augsburg am 4. 10. 1941, S. 72.

²¹¹ Geplant war dies für die Ratsherrensitzung am 9. März 1944, an der auch Gauamtsleiter, Kreisamtsleiter und Ortsgruppenleiter teilnehmen sollten; StdAA 49/70, Vormerkung über eine Besprechung des RV-Stabes, 25. 2. 1944.

²¹² Obwohl der Artikel nicht gezeichnet ist, dürfte Förg als Autor zweifellos feststehen, weil sich mehrere Entwürfe in seinen Handakten befinden.

²¹³ StdAA NSDAP Gauleitung von Schwaben Nr. 1/19, Politischer Lagebericht, 10. 9. 1941; StdAA 49/189, Maria Zöpfel [Kreisfrauenschaftsleiterin] an Mayr, 9. 5. 1944.

²¹⁴ In allen Jahresschlussappellen hoben Kellner und Mayr die Leistungen auf diesem Gebiet besonders hervor; vgl. z. B. StdAA 49/226, Ansprache [Kellners] zum Jahresschlussappell am 31. 12. 1942, S. 5 f. u. 10.

²¹⁵ Die folgenden Beispiele sind auf das Wirtschafts- und Ernährungsamt sowie das Amt für Familienunterhalt konzentriert. Das administrative Handeln der Stadtverwaltung bei der Organisation der Hilfskrankenhäuser und der Quartierbewirtschaftung verlief ähnlich bzw. analog.